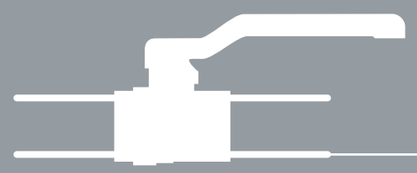
GESCHÄFTSBERICHT 2013

# Wir übernehmen Systemverantwortung

NETZGESELLSCHAFT
BERLIN·BRANDENBURG

## ZAHLEN UND FAKTEN AUS DEM GESCHÄFTSJAHR 2013



**40.525** GWH

NETZABGABE

**799.515** STÜCK

INSTALLIERTE GASZÄHLER

**318.873** STÜCK

ANZAHL HAUSANSCHLÜSSE

**13.662** KM

NETZLÄNGE

**416**

MITARBEITER (ANZAHL)

## UNTERNEHMENSKENNZAHLEN ÜBERSICHT

| TECHNIK | | 2013 | 2012 |
|---|---|---|---|
| Transportmenge | GWh | 40.525* | 36.832* |
| Rohrnetzlänge | km | 13.662,4* | 12.005,2* |
| Hochdruck | km | 2.889,8* | 2.183,1* |
| Versorgungsnetz | km | 10.772,6* | 9.822,1* |
| Hausanschlüsse | Stück | 318.873* | 290.371* |
| Installierte Gaszähler inkl. ZMU/TMU | Stück | 799.515* | 774.902* |

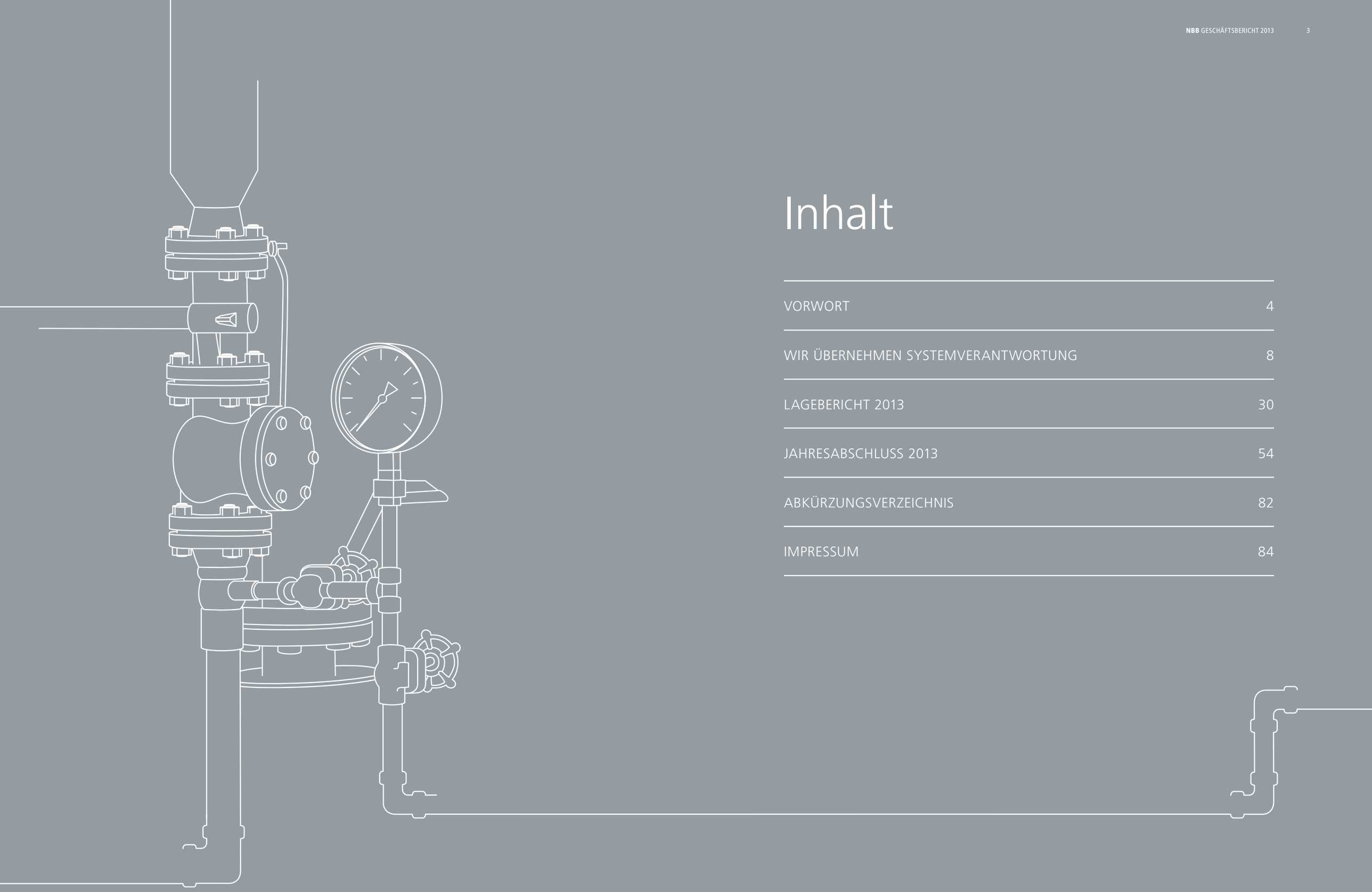
| PERSONAL | | 2013 | 2012 |
|---|---|---|---|
| Mitarbeiter | Anzahl | 416* | 384* |

| JAHRESABSCHLUSS | | 2013 | 2012 |
|---|---|---|---|
| Bilanzsumme | Mio. Euro | 161,3* | 124,7* |
| Kapitalanteile der Kommanditisten | Mio. Euro | 1,0* | 1,0* |
| Umsatz | Mio. Euro | 368,5 | 338,4 |
| EBIT | Mio. Euro | 5,9 | 2,0 |
| Jahresüberschuss | Mio. Euro | 5,7 | 3,2 |
| Operativer Cashflow | Mio. Euro | 44,5 | –5,7 |

** per 31.12. des Geschäftsjahres*

# Wir übernehmen Systemverantwortung

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR
01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013



# Inhalt


| | |
|---|---|
| VORWORT | 4 |
| WIR ÜBERNEHMEN SYSTEMVERANTWORTUNG | 8 |
| LAGEBERICHT 2013 | 30 |
| JAHRESABSCHLUSS 2013 | 54 |
| ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS | 82 |
| IMPRESSUM | 84 |

WIR ÜBERNEHMEN

# Systemverantwortung

Gesellschaft und Wirtschaft sind auf funktionierende Infrastrukturen angewiesen. Das gilt ganz besonders für Systeme der Energieversorgung. Wir stellen diese Versorgung sicher – Tag und Nacht. Heute und morgen.

*Frank Behrend*

*Ulf Altmann*

## SEHR GEEHRTE LESERIN, SEHR GEEHRTER LESER,

„Wir übernehmen Systemverantwortung" – so haben wir den diesjährigen Geschäftsbericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG überschrieben. Unsere Verantwortung beschränkt sich dabei nicht auf das Funktionieren eines einzelnen Systems, sondern auf eine komplexe Systemlandschaft. Der Betrieb von Netzen, ob für Erdgas oder Strom, ist weit mehr als das Managen, das Instandhalten und der Ausbau technischer Anlagen – unser Wirkungsbereich geht über das Netz hinaus. Natürlich sind wir als Infrastrukturbetreiberin in erster Linie für die netztechnischen Anlagen und Prozesse verantwortlich. Aber ebenso wichtig ist es uns, einen Beitrag für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und im Umland zu leisten. Für diese Menschen legen wir mit unserem Netzbetrieb jeden Tag die Grundlagen für ein warmes Zuhause und bieten Industrie- und Gewerbebetrieben die Basis für ihren wirtschaftlichen Erfolg.

Um dieser Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Wirtschaft gerecht zu werden, bedarf es einer nachgewiesenen Kompetenz. Ohne qualifizierte Mitarbeiter könnten wir unsere Aufgaben nicht mit der Qualität erfüllen, die wir in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt haben. Aus diesem Grund setzen wir alles daran, unseren Mitarbeitern attraktive, langfristig sichere Arbeitsplätze zu bieten und sie zu fördern. Dies spiegelt sich in der umfassenden Aus- und Weiterbildung wider, in Maßnahmen wie der Einrichtung eines Eltern-Kind-Büros oder in der Förderung diverser Freizeitaktivitäten. Die Verantwortung als Arbeitgeberin beschränkt sich dabei nicht auf unsere Berliner Büros und Betriebsstätten. Auch in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, wo wir ebenfalls den Betrieb von Netzinfrastrukturen sicherstellen, stehen unsere Mitarbeiter und ihre Erfahrung im Mittelpunkt. 2013 haben wir mit der Betriebsverantwortung für das Netz der SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH (SpreeGas) weitere 33 Mitarbeiter übernommen, die sich bestens mit dem Netzbetrieb in ihrer Region auskennen. Verantwortlich sind wir aber nicht nur für das Hier und Heute. Auch künftige Generationen sollen sicher und preiswert Energie nutzen können – und dies bei minimalen Auswirkungen auf das Klima. Daher erarbeiten wir Lösungen für die Energieversorgung von morgen. Dazu gehört es, das Potenzial, das die Gasverteilung bietet, nutzbar zu machen, zum Beispiel durch den Transport von Bio-Erdgas, das bereits an mehreren Übernahmepunkten in unser Netz eingespeist wird. Zudem sollen Erzeugung und Verbrauch von Energie künftig besser aufeinander abgestimmt werden, um Erneuerbare Energien optimal nutzen zu können. Wie diese Systemoptimierung erfolgen kann, erproben wir heute mit Erfolg, zum Beispiel auf dem EUREF-Campus in Berlin oder in der Gemeinde Forst (Lausitz). Schon jetzt zeigt sich: Die Energiesparten Strom, Gas und Wärme wachsen zusammen. Power-to-Heat und Power-to-Gas sind hierfür nur zwei Beispiele. Auch die Integration der Mobilität in die Energieversorgung und -speicherung gewinnt an Bedeutung. Denn nur auf der Basis ganzheitlicher Konzepte können wir die Energiewende meistern.

In viele Systeme, für die wir jeden Tag Verantwortung übernehmen, gibt Ihnen unser Geschäftsbericht einen Einblick. Wir wünschen Ihnen eine informative und unterhaltsame Lektüre.

**Ulf Altmann**
Vorsitzender der Geschäftsführung

**Frank Behrend**
Geschäftsführung

WIR ÜBERNEHMEN

# Systemverantwortung

Energiesysteme wie zum Beispiel Gasverteilnetze sind in Struktur und Beschaffenheit außerordentlich vielfältig. Für einen sicheren Betrieb dieser Systeme braucht es deshalb mehr als die reine technische Kompetenz. Es braucht vor allem Verantwortungsgefühl und Erfahrung.

**VERANTWORTUNG FÜR DIE STADT**

Millionen von Bürgern in der Hauptstadtregion Berlin vertrauen auf unsere Kompetenz, wenn es um die sichere Bereitstellung von Erdgas, Bio-Erdgas und anderen Energien geht. An der Zufriedenheit dieser Energiekunden messen wir unsere Leistung.

**VERANTWORTUNG FÜR DIE ENERGIEWENDE**

Für die Energieversorgung von morgen engagiert sich die NBB an verschiedenen Stellen, unter anderem auf dem EUREF-Campus: Dort erarbeiten wir zusammen mit Partnern, wie urbane Regionen bestmöglich mit Strom und Wärme versorgt werden können.

**VERANTWORTUNG FÜR NEUE NETZE**

Die Erfahrungen aus dem Betrieb eines Netzes auf ein anderes zu übertragen, bedeutet mehr als der Transfer von Methoden. Denn jede Infrastruktur ist anders. Daher setzen wir beim Betrieb des SpreeGas-Netzes auf die Kompetenz erfahrener Mitarbeiter vor Ort.

**VERANTWORTUNG FÜR UNSERE MITARBEITER**

Die vielen Aufgaben zu meistern, denen sich die NBB tagtäglich stellt, gelingt nur mit motivierten Mitarbeitern. Ausbildung, Qualifikation, Gesundheit und ein angenehmes Arbeitsumfeld spielen bei uns daher eine herausragende Rolle.

WIR ÜBERNEHMEN

# Verantwortung für die Stadt und ihre Bürger

BERND BEETZ (links)
Servicetechniker bei der NBB

BERND KOPPLIN (rechts)
Leiter Abteilung Netzbau bei der NBB

Beim Betrieb eines Gasnetzes kommt es auf viele Dinge an: auf Zuverlässigkeit, auf Wirtschaftlichkeit, auf Erfahrung. Für die NBB ist auch Zufriedenheit ein Kriterium – nämlich die Zufriedenheit der Menschen, die in der Hauptstadtregion leben, die hier zur Arbeit gehen oder hier ihr Unternehmen betreiben. Für die NBB als Netzbetreiberin bedeutet das, die richtigen Kompromisse zu finden und umzusetzen.

Baustellen sind die Berliner gewohnt. Bei 3,3 Millionen Einwohnern, einer Fläche von 892 Quadratkilometern und einem öffentlichen Straßennetz mit einer Länge von 5.194 Kilometern ist immer irgendwo in einem Stadtteil oder einem Kiez eine Straße aufgegraben, weil eine neue Wohnanlage errichtet, weil unter der Straße eine Leitung verlegt oder gleich eine ganz neue U-Bahnlinie gebaut wird.

Eine der berühmtesten Baustellen zieht sich derzeit einmal längs durch das Zentrum der Stadt: vom Roten Rathaus über das Marx-Engels-Forum und die Museumsinsel, entlang des Boulevards Unter den Linden bis vor das Brandenburger Tor. Hier entsteht die Verlängerung der U-Bahnlinie U5, die ab 2019 eine direkte Verbindung von Hönow an der östlichen Stadtgrenze unter dem Alexanderplatz und dem touristischen Zentrum der Stadt hindurch bis zum Hauptbahnhof schafft. Drei neue U-Bahnhöfe entstehen auf dieser 2,2 Kilometer langen Teilstrecke, das anschließende Teilstück zwischen Brandenburger Tor und Hauptbahnhof ist bereits in Betrieb. Die Baumaßnahme hat auch Auswirkungen auf das Berliner Gasnetz. Denn der Untergrund mitten in der Stadt steckt voller Versorgungsleitungen: Stromkabel, Trinkwasserrohre, Leitungen für die Telekommunikation, Fernwärmerohre, Gasleitungen – wenn ein neuer U-Bahntunnel im dicht besiedelten Untergrund Platz beansprucht, müssen alle anderen zur Seite rücken. „Das hat auch unsere Gasleitungen betroffen", berichtet Bernd Kopplin, Leiter der Abteilung Netzbau bei der NBB. „Vor dem Roten Rathaus und auf einigen weiteren Teilen der Neubaustrecke mussten wir die Leitungen entsprechend der geplanten U-Bahn-Streckenführung umverlegen."

## 700 KILOMETER GASLEITUNGEN SANIERT

Die NBB lässt aber nicht nur dann die Bagger anrücken, wenn andere Infrastrukturprojekte außerhalb des Gasnetzes dies nötig machen – selbstverständlich dienen die allermeisten Baumaßnahmen der Pflege und Instandhaltung, der Erneuerung und dem Ausbau des rund 7.000 Kilometer langen Gasnetzes auf Berliner Stadtgebiet. Seit der Übernahme des Gasnetzbetriebs im Jahr 2006 hat die NBB 700 Kilometer Leitungen saniert oder erneuert. Mit diesen Bauarbeiten beauftragt die NBB überwiegend Bauunternehmen aus der Region.

Und genauso selbstverständlich sorgt die NBB auch in Brandenburg sowie in Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt dafür, dass sich das Netz in einem einwandfreien Zustand befindet. „Leitungsbau ist für uns kein Selbstzweck", sagt Bernd Kopplin. „Um eine zuverlässige Versorgung von Unternehmen und Privathaushalten mit dem Energieträger Erdgas langfristig zu gewährleisten, müssen wir das Leitungsnetz erneuern und alte, nicht mehr zeitgemäße Leitungen ersetzen."

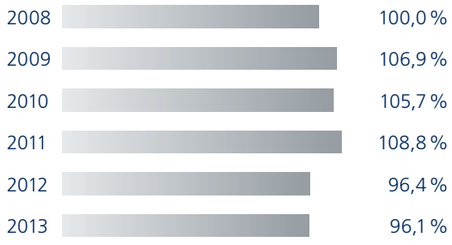
Der Zustand des Berliner Gasnetzes wird von Experten als vorbildlich bewertet. Dabei ist dieses Netz vielseitig und anspruchsvoll, nicht nur wegen seiner Länge: In seiner langen Geschichte wurden verschiedene Materialien und Rohrdurchmesser verbaut. Dementsprechend variabel ist die Qualität der Leitungen – und dementsprechend wichtig ist es, aus einer über viele Jahre hinweg gewachsenen Erfahrung heraus einschätzen zu können, wo der Investitionsbedarf am größten ist und wo die Versorgungsqualität den hohen Anforderungen bereits entspricht.

## KONSTANTE NETZENTGELTE

Im Jahr 2013 hat die NBB rund 48 Millionen Euro in die Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung der von ihr betriebenen Gasnetze in Berlin, Brandenburg sowie in Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt investiert. Dieser Betrag liegt auf dem Niveau der Vorjahre. „Natürlich ist die Erneuerung des Gasnetzes mit Bauarbeiten verbunden, die wiederum den Straßenverkehr beeinträchtigen können", erläutert Bernd Kopplin. „Unsere Dienstleister sind genau wie wir darum bemüht, diese Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten."

Ein umsichtiger Netzausbau ist nicht zuletzt auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Als Betreiberin zum Beispiel des Berliner Gasnetzes wägt die NBB permanent die technische Notwendigkeit von Baumaßnahmen und die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit gegeneinander ab. Denn die Investitionskosten fließen am Ende unter anderem auch in die Netzentgelte ein, die wiederum einen Bestandteil des Gaspreises bilden, den Privat- und Geschäftskunden an ihren jeweiligen Energieversorger zahlen.

**ENTWICKLUNG DER NETZENTGELTE IM PRIVATKUNDENBEREICH IM BERLINER STADTGEBIET**



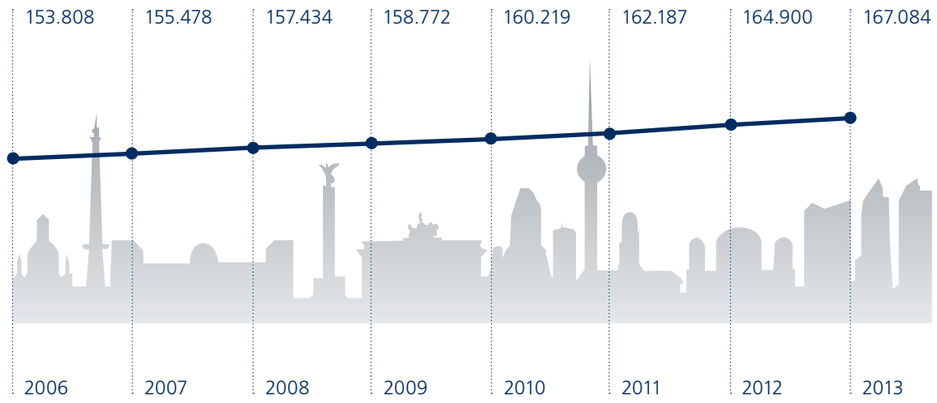

Index: 2008 = 100,0 %; Beispielrechnung für Musterhaushalt ohne Leistungsmessung mit jährlicher Abnahmemenge von 25.000 kWh.

*Sanierung mit modernster Technik: Das PE-Relining ermöglicht das Einziehen eines neuen Kunststoffrohres in eine bestehende Leitung ohne umfangreiche Erdarbeiten.*

Die Netzentgelte für Privatkunden in Berlin sind, wie das Beispiel in der Grafik zeigt, in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben. Davon profitieren letztendlich die Verbraucher, die in der Hauptstadtregion leben und hier ihre Unternehmen betreiben. Ebenso profitieren sie von der hohen Zahl der Anbieter: Während Privatkunden bundesweit zwischen den Tarifen von durchschnittlich 102 Anbietern wählen können, stehen ihnen in Berlin weit über 200 Gashändler zur Verfügung. Das spricht für einen funktionierenden Markt und für ein funktionierendes Netz.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Gasnetzanschlüsse im Berliner Stadtgebiet: Seit 2006 hat sich ihre Zahl um 8,6 Prozent erhöht, und damit wächst auch das Gasnetz in der Hauptstadtregion kontinuierlich. Dieser Zuwachs ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass Erdgas gerade für die Beheizung von Privathäusern und -wohnungen nach wie vor der mit Abstand beliebteste Energieträger ist: Erhebungen des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) zufolge werden rund 50 Prozent der Wohngebäude in Deutschland mit Erdgas beheizt. Die modernen Erdgas-Anwendungen und -Heiztechnologien wie beispielsweise die Gas-Brennwertheizung tragen dazu bei, dass Erdgas auch langfristig eine maßgebliche Größe im Wärmemarkt bleiben wird.

## ENTWICKLUNG DER GASNETZANSCHLÜSSE IM BERLINER STADTGEBIET




Ein so langes und vielseitiges Gasnetz wie das in Berlin lässt sich natürlich nicht vollkommen störungsfrei betreiben. Insgesamt rückten die Entstörungsteams der NBB im vergangenen Jahr rund 5.600-mal zu Einsätzen aus. Dabei zählen technische Mängel nur selten zu den Hauptursachen für Leckagen oder andere Störungen im Netzbetrieb. Vielfach liegen die Gründe für einen Störungseinsatz im Verantwortungsbereich der privaten Installation des jeweiligen Gebäudeeigentümers oder in einer Beschädigung der Gasversorgungsleitung bei Bauarbeiten. Ein Teil der Einsätze des Entstörungsdienstes der NBB geht auf das Konto von unsachgemäß ausgeführten Tiefbauarbeiten – zum Beispiel durch Bagger, deren Schaufel eine Gasleitung getroffen hat.

Der Entstörungsdienst sorgt durch seine Ausprägung dafür, dass aus Störungen keine Notfälle oder gar Krisen werden, indem die Mitarbeiter nach Eingang der Störungsmeldung unverzüglich erste Maßnahmen zur Sicherung der Störungsstelle bzw. Behebung der Störungsursache einleiten.

## VERZAHNUNG VON ZML UND NETZLEITWARTE

Störungsmeldungen aus Berlin gehen in der Zentralen Melde- und Leitstelle (ZML) der NBB auf dem EUREF-Gelände an der Torgauer Straße in Berlin-Schöneberg ein, die rund um die Uhr besetzt ist. Die ZML wird vom NBB-Tochterunternehmen KKI – Kompetenzzentrum für Kritische Infrastrukturen GmbH betrieben. Die speziell geschulten Mitarbeiter der KKI GmbH nehmen eingehende Störungsmeldungen entgegen und fragen alle wesentlichen Informationen innerhalb von 90 Sekunden ab. Die systematische Befragung des Anrufers ergibt ein ganzheitliches Störungsbild – einschließlich des Ortes – an dem die Störung aufgetreten ist. Durch Ortung der nächstgelegenen Entstörungsdiensteinheit und eine automatische Routenführung zum Störungsort kann eine annähernd hundertprozentige Erreichbarkeit der Störungsstelle innerhalb von 30 Minuten gewährleistet werden. Dies stellt im bundesweiten Vergleich eine herausragende Quote dar.

Die ZML und die Netzleitwarte der NBB im Hackeschen Quartier Berlin sind eng miteinander vernetzt. So kann im Ereignisfall binnen Sekunden der betroffene Gasleitungsabschnitt ferngesteuert vom Gasnetz Berlin abgesperrt bzw. im Netzdruck abgesenkt werden. Die Gasversorgung von Privathaushalten und Gewerbebetrieben ist in einem solchen Ereignisfall in der Regel nicht unterbrochen. Über eine Umleitung werden diese weiter mit Erdgas beliefert. Um Beschädigungen von Leitungen infolge von Tiefbauarbeiten entgegenzuwirken, arbeitet die NBB seit Jahren gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung und weiteren Netzbetreibern über das Portal „eStrasse“ zusammen, dessen Ziel die Vereinfachung und Beschleunigung von Leitungsanfragen und -auskünften ist. Gleichzeitig werden in dem bundesweiten Forschungsprojekt „AlphaKomm“ – am Fallbeispiel der führenden Netzbetreiber im Land Berlin – neue Modelle für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Netzbetreibern entwickelt.

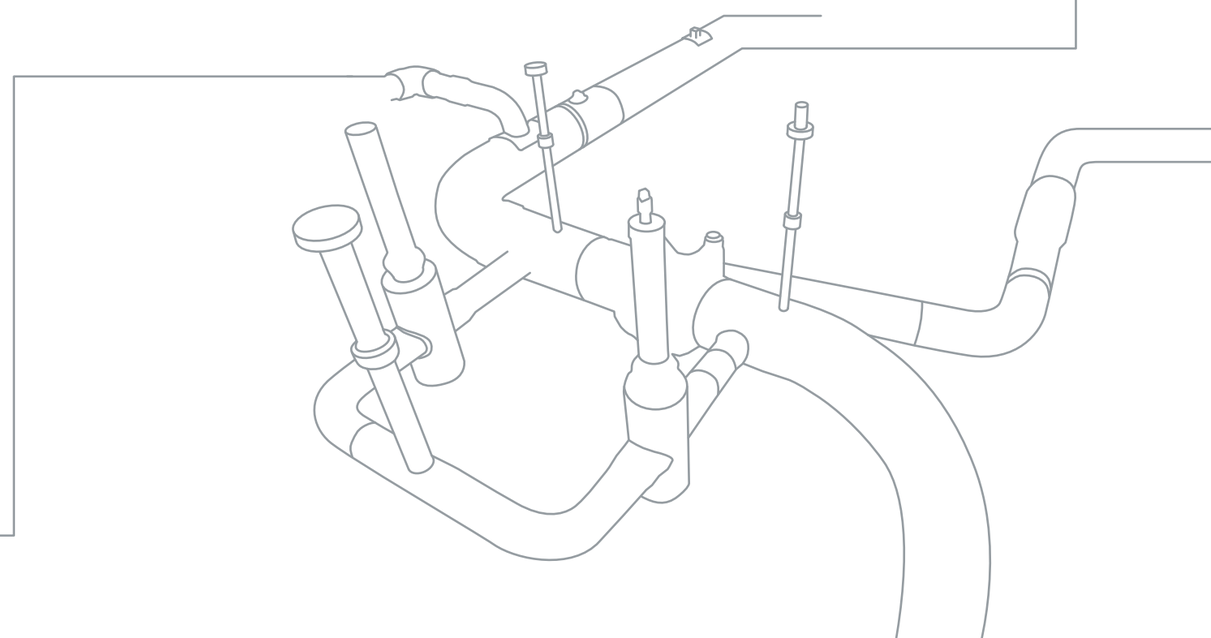
## KOORDINATION VON BAUMASSNAHMEN

Über das digitale Auskunftsportal, das von der infreSt – Infrastruktur eStrasse GmbH (einer weiteren NBB-Mehrheitsbeteiligung) betrieben wird, lassen sich Auskünfte zur Lage von Leitungen im Untergrund sehr viel leichter einholen als früher. Bauunternehmen, Planungs- und Architekturbüros oder private Bauherren erreichen unter www.infrest.de alle Tiefbauämter der Berliner Bezirke und alle am Portal beteiligten Infrastrukturbetreiber. Die Anfragen müssen also nicht mehr auf dem Postweg gestellt und beantwortet werden, außerdem generiert die Anwendung aus den Leitungsauskünften auf Wunsch eine Planungskarte, mit der die Bauunternehmen dann arbeiten können. Die verbesserte Informationstiefe kann zu einer Verminderung der Beschädigung von Leitungen beitragen.

Ein weiterer Effekt: Informationen über geplante Baumaßnahmen können über die Online-Plattform gebündelt werden. Das kann unter Umständen bedeuten, dass sich mehrere Leitungsbauvorhaben – beispielsweise für Wasser, Gas und Telekommunikation – zeitlich und räumlich koordinieren lassen. Letztendlich kann dies dazu beitragen, dass Bauarbeiten im öffentlichen Raum schneller und mit weniger Beeinträchtigungen für den Straßenverkehr und die Anwohner vonstattengehen.

Denn im Zentrum aller Tätigkeiten der NBB stehen immer die Kunden: die Bürger und die Unternehmen in Berlin und im Berliner Umland. Je weniger Baustellen, desto weniger Beeinträchtigungen und desto mehr Lebensqualität, so lautet die zentrale Formel. Andererseits gilt für den Gastransport: Ein störungsarmer und verantwortungsvoller Netzbetrieb fördert die Lebensqualität der Bürger und Unternehmer genauso. Und dafür muss eben manchmal eine Straße aufgegraben werden.

Nicht nur zwischen diesen Positionen findet die NBB seit 2006 erfolgreich die richtigen Kompromisse.



WIR ÜBERNEHMEN

# Verantwortung für neue Netze

**KATRIN PAULIG** (links)
Leiterin Regionalcenter Süd der NBB

**RONNY KLEINERT** (rechts)
Leiter Technische Netze – Fernwärme, Gas/Erzeugung bei der Stadtwerke Senftenberg GmbH

Anfang 2013 hat die NBB den Netzbetrieb im Süden Brandenburgs, in Teilen von Sachsen und Sachsen-Anhalt übernommen: Im neuen Netzgebiet Spree-Niederlausitz ist das Unternehmen für den Erdgastransport, für die Wartung, Instandhaltung und den Ausbau des Netzes sowie für neue Hausanschlüsse und alle Messstellendienstleistungen zuständig. Dazu gehört natürlich auch, den engen Kontakt mit den Kommunen, den Stadtwerken und den Installateuren vor Ort zu pflegen.

Für Katrin Paulig war die Umstellung schon am ersten Arbeitstag als Leiterin des neuen Regionalcenters Süd der NBB kein großes Thema mehr. Sie hat den Namen ihres neuen Arbeitgebers nicht heimlich vorher üben müssen, „schließlich ist die NBB auch in unserer Region als Betreiberin des Berliner Gasnetzes nicht unbekannt gewesen". Aber Katrin Paulig hat sich auch so – wie alle ihre Kolleginnen und Kollegen – schnell an die neuen Verhältnisse gewöhnt.

Im Netzgebiet Spree-Niederlausitz, in dem die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH (SpreeGas) als Gaslieferant mit dem größten Marktanteil auch die Grundversorgung übernimmt, ist die NBB in Cottbus, Döbern, Elsterwerda, Lauta und Werben mit eigenen Büros präsent. Hinzu kommt eine Außenstelle in Annaburg. Außerdem ist die NBB zuständig für den Messstellenbetrieb. Die SpreeGas wiederum zählt seit Anfang 2013 zum Gesellschafterkreis der NBB: Der Regionalversorger hält als Kommanditistin 3,0 Prozent der Anteile an der Gesellschaft. Die Verzahnung ist also wechselseitig. Dennoch: Mit dem Austausch einiger Logos oder der Aktualisierung der Beschilderung in den Betriebsgebäuden war es bei der Übernahme des Netzbetriebs von der SpreeGas durch die NBB nicht getan.

Ein Wechsel der Netzbetreiberin erfordert eine gründliche und intensive Vorbereitung und eine nicht weniger akkurate Umsetzung. Sämtliche Kunden – Privatkunden genauso wie Geschäftskunden – und Partnerunternehmen sowie die Kommunen in der Region mussten vorab informiert werden.

Notwendig geworden war der Wechsel durch regulatorische und gesetzliche Vorgaben: Im Juni 2011 hatte die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft die Mehrheit der Gesellschafteranteile an der SpreeGas GmbH übernommen. Durch diese neue Aufteilung griffen die Unbundling-Vorgaben aus dem Energiewirtschaftsgesetz, denen zufolge Netzbetrieb und Energiehandel rechtlich und kaufmännisch voneinander getrennt werden müssen. Dies geschah bei der SpreeGas durch die Übertragung der Netzbetreiberverantwortung an die NBB.

## ANDERES UNTERNEHMEN, DIESELBEN ANSPRECHPARTNER

Für die Kunden hat sich gar nicht so viel verändert, denn die NBB hat 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und außerdem 4 Auszubildende aus den technischen Abteilungen von der SpreeGas übernommen. „Gerade für die Kommunen und die Installateure vor Ort ist es wichtig, dass sie weiterhin mit den Ansprechpartnern zu tun haben, denen sie auch bisher zu 100 Prozent vertrauen konnten", erklärt Katrin Paulig.

Ronny Kleinert, Leiter Technische Netze – Fernwärme, Gas/Erzeugung bei der Stadtwerke Senftenberg GmbH, kann diesen Eindruck nur bestätigen: „Die Zusammenarbeit mit der NBB funktioniert hervorragend und ist erfreulich unkompliziert."

Für Ronny Kleinert ist die Zusammenarbeit mit der NBB inzwischen auch ein Teil seines Tagesgeschäftes. Er ist Vorsitzender des Gemeinsamen Installateurausschusses SpreeGas – Stadtwerke, der im Jahr 1993 gegründet wurde und in dem die NBB ebenso seit

*Mit der Verantwortung für das Gasnetz im Netzgebiet Spree-Niederlausitz hat die NBB auch das erfahrene Personal vor Ort übernommen.*

2013 die Nachfolge der SpreeGas angetreten hat. „Bei der Arbeit im Ausschuss geht es um die technische und rechtliche Sicherheit bei Gasinstallationen", erklärt Ronny Kleinert. Dem Ausschuss gehören insgesamt 20 Mitglieder an, neben 10 regionalen und örtlichen Netzbetreibern und Stadtwerken arbeiten 10 Installationsunternehmen im Ausschuss mit. Unterstützt wird die fachliche Arbeit durch die Handwerkskammer und die Schornsteinfegerinnung.

## INFORMATIONEN FÜR KOMMUNEN, INSTALLATEURE UND PLANER

„Die Aufgaben beziehen sich hauptsächlich auf die fachliche Klärung von Auslegungsfragen der Gasinstallation, die Weitergabe fachlicher Informationen und darauf, dass die Installateure in unserem Verbreitungsgebiet die Richtlinien zum Beispiel des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) möglichst einheitlich anwenden." Da die NBB eng mit dem DVGW zusammenarbeitet und außerdem auch in mehreren Gremien des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. präsent ist, profitieren die Mitglieder des Installateurausschusses von einer direkten und zeitnahen Weitergabe von Informationen und aktuellen Entwicklungen.

Außerdem veranstalten SpreeGas und NBB seit 2013 gemeinsam die jährlich stattfindende Cottbuser Erdgasfachtagung. Diese Fachtagung informiert Installations- und Gasversorgungsunternehmen, Architekten, Planungsbüros oder Wohnungsgesellschaften über aktuelle Entwicklungen beispielsweise in den Bereichen der Technischen Regeln für Gasinstallationen und in der Gasgerätetechnik.

„Neben dem engen Kontakt zu Kommunen und Installateuren ist aber die Kommunikation mit den Verbrauchern gerade hier im ländlichen Raum sehr wichtig", sagt Katrin Paulig. Denn auch für die Privatkunden hat die Umstellung Veränderungen mit sich gebracht: Die Zähler lässt die NBB nicht von Dienstleistern ablesen, sondern die Verbraucher erhalten selbst die Gelegenheit, ihren Zählerstand per Postkarte, telefonisch oder über das Internetportal der NBB zu melden.

Wenn die Kunden, die Installateure oder die Mitarbeiter von Stadtwerken im Netzgebiet Spree-Niederlausitz Fragen zum Gasnetz haben, erreichen sie bei der NBB aber größtenteils dieselben Ansprechpartner, mit denen sie es auch in der Zeit vor Ende 2012 zu tun hatten. Die Präsenz in der Fläche, welche die SpreeGas seit jeher ausgezeichnet hat, setzt die NBB also nahtlos fort.

WIR ÜBERNEHMEN

# Verantwortung für die Energiewende

ROBERT SCHMIDT
Mitarbeiter der Abteilung Vertrieb
und Netzmanagement bei der NBB

Dass sich die Energienetze im Zuge der Energiewende verändern werden und die Netzsteuerung zusätzliche Aufgaben übernehmen muss, ist keine ganz neue Erkenntnis. Die NBB hat gemeinsam mit zahlreichen Partnern in den vergangenen Jahren intensive praktische Forschung betrieben, wie die Energienetze auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden können. Auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg oder in der Gemeinde Forst (Lausitz) sind die Ergebnisse dieser Forschungen zum Teil schon Realität geworden. Eine Frage steht dabei mehr und mehr im Zentrum: Wie kann die Energiewende im dicht besiedelten urbanen Raum funktionieren?

Auf dem EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg steht die Zukunft der städtischen Energieversorgung sozusagen im Schatten ihrer Vergangenheit. Denn über dem Gelände unweit des Autobahnkreuzes Schöneberg thront der Gasometer, der Anfang der 90er-Jahre außer Betrieb genommene Gasspeicher, der heute als Veranstaltungsort dient und daran erinnert, wie die Energie- und insbesondere die Gasversorgung früher aussah.

Das 78 Meter hohe Gebäude ist eine Landmarke, ein von Weitem erkennbares Wahrzeichen, das aber längst nicht mehr nur Zeugnis der Vergangenheit ist, sondern auch in die Zukunft weist. Am obersten Ring des Führungsgerüstes erkennt der aufmerksame Beobachter schon seit einigen Jahren ein Detail dieser Zukunft: ein Windmessgerät, Teil des intelligenten Stromnetzes auf dem EUREF-Gelände. 2013 hat sich dieses Micro Smart Grid, dessen Energieflüsse über die Netzleitwarte der NBB visualisiert werden, in entscheidenden Punkten weiterentwickelt.

Anhand des in den vergangenen Jahren im Kooperationsprojekt „BeMobility 2.0“ errichteten, regelbaren Stromnetzes auf dem EUREF-Campus werden auch in Zukunft die Themen der Energiewende praktisch dargestellt und untersucht. „Bisher ging es uns vor allem um die Überprüfung der technischen Machbarkeit“, berichtet Robert Schmidt, Mitarbeiter in der Abteilung Vertrieb und Netzmanagement bei der NBB. „Gerade 2013 hat sich der Fokus leicht erweitert: Es geht jetzt auch darum, die rechtlichen, regulatorischen und wirtschaftlichen Aspekte zu untersuchen.“ In dem Projekt „D3: Micro Smart Grid am EUREF“, einem von 35 Kernprojekten im Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg, betrachtet die NBB seit Mitte 2013 gemeinsam mit anderen Unternehmen aus Wirtschaft und Wissenschaft neue Gesichtspunkte. Die NBB entwickelt in Zusammenarbeit unter anderem mit der Technischen Universität (TU) Berlin, Schneider Electric, Vattenfall Europe Innovation GmbH und InnoZ GmbH in diesem durch die Bundesregierung geförderten Vorhaben das kleine intelligente Stromnetz zu einem smarten Energienetz.

## ERZEUGUNG UND VERBRAUCH ANGLEICHEN

Die funktionierende Technologie ist natürlich eine Grundvoraussetzung für den Erfolg des Micro Smart Grids, des ersten seiner Art auf Berliner Stadtgebiet. „Alle notwendigen Daten des kleinen intelligenten Netzes werden zuverlässig erfasst und exakt unseren Vorgaben entsprechend visualisiert“, sagt Robert Schmidt. Alle drei Minuten laufen aktualisierte Werte auf den NBB-Monitoren ein. Die gemessenen Daten geben Energieerzeugung und Energieverbrauch der Elemente des Smart Grids wieder. Denn wie in jedem Stromnetz kommt es auch im Micro Smart Grid darauf an, Erzeugung und Verbrauch auf möglichst gleichem Niveau zu halten, damit weder Versorgungslücken auftreten noch die Energie ungenutzt in das höher gelagerte Netz gespeist wird.

Auf Erzeugerseite stehen derzeit Klein-Windanlagen und Photovoltaikanlagen auf den Hausdächern zur Verfügung, die unter anderem durch ein mit Bio-Erdgas betriebenes, regelbares Blockheizkraftwerk ergänzt werden sollen. Dies ist auch ein wesentlicher Schritt, „um aus dem reinen Stromnetz ein modernes Energienetz zu machen“, erklärt Robert Schmidt. Denn über das BHKW entsteht eine erste Verknüpfung zwischen Strom- und Gasnetz.

Die Verbraucherseite soll ähnlich vielfältig werden: Neben den unterschiedlichen Ladesäulen, an denen Elektrofahrzeuge am EUREF „betankt“ werden können, sollen weitere Bürogebäude und andere Mieter auf dem Campus mit Strom aus dem Micro Smart Grid versorgt werden. So werden beispielsweise die „Alte Schmiede“, eine gastronomische Einrichtung, oder die „Green Garage“, ein Co-Working-Gebäude, in dem zahlreiche Start-up-Unternehmen aus den Bereichen Energie und Klimaschutz präsent sind, angeschlossen.

Sowohl als Verbraucher als auch als Speichermodule fungieren die Batterien der „Flinkster“-Elektroautos, die auf dem Gelände stationiert sind. „Bei der gezielten Beladung der mobilen Energiespeicher mit grüner Energie haben wir erste Schritte gemacht“, berichtet Robert Schmidt. Um diese zu vertiefen und innovative Technik zu erproben, wird unter anderem die Ladestation erweitert.

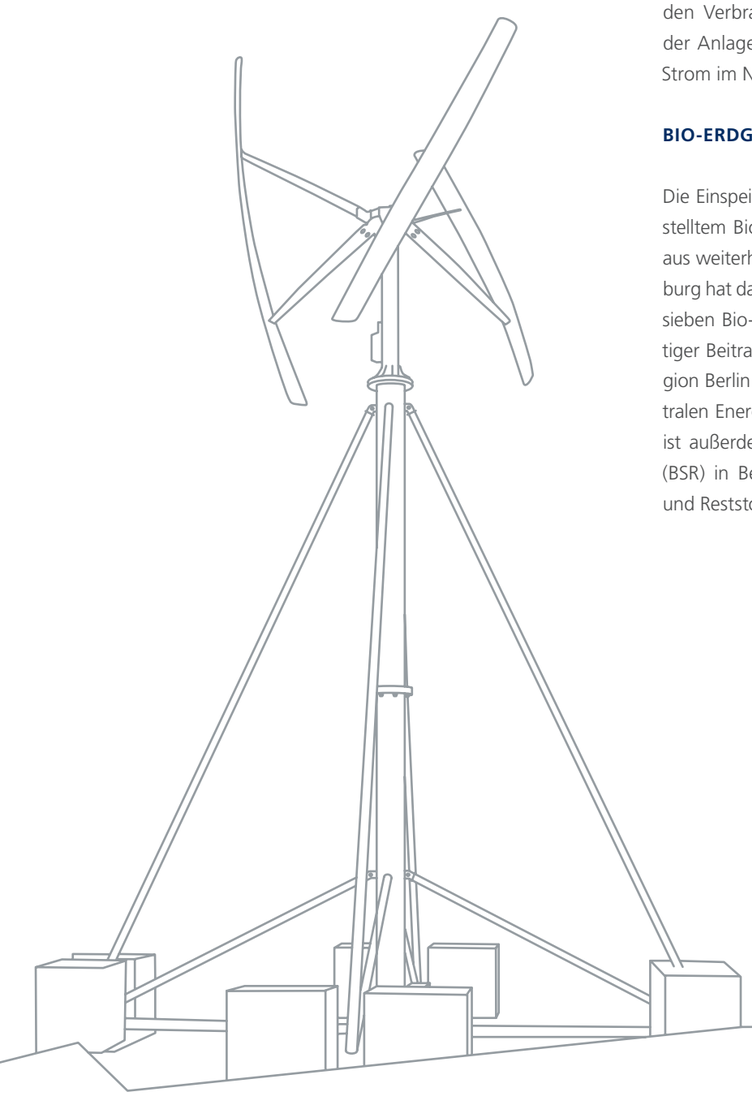
## TESTLABOR FÜR ENERGIEINNOVATIONEN

Das Energienetz wird in Zukunft weiter wachsen: Neue PV-Anlagen werden eingebunden. Die vorhandene, stationäre Lithium-Ionen-Batterie wird ausgebaut, um sie an die neuen Erzeugungs- und Verbrauchsstrukturen anzupassen. Der Stromversorger Vattenfall wird auf dem EUREF-Gelände eine Power-to-Heat-Anlage errichten, in der aus regenerativem Strom Heizwärme erzeugt wird. Wie beim BHKW

*Am Demonstrations-Screen erfahren interessierte Besucher, wie das Smart Grid auf dem EUREF-Campus funktioniert.*

können mit dieser Technologie die Vernetzung unterschiedlicher Energien untersucht und die vorhandenen Stromspeicher auf dem Campus sinnvoll ergänzt werden. „Bei allen Projekten geht es auch darum, zu testen, inwieweit sich die Ideen auf dem begrenzten Raum mitten im Stadtgebiet technologisch und später ebenso wirtschaftlich umsetzen lassen."

Wenn man den EUREF-Campus sozusagen als Versuchslabor sieht, dann kann die Gemeinde Forst (Lausitz) im südöstlichsten Winkel von Brandenburg als erstes Einsatzgebiet in der „realen Welt" gelten.



„Wir exportieren derzeit sozusagen die ersten Elemente vom EUREF-Gelände nach Forst", erklärt Robert Schmidt. Die operative Betriebsführung des Gas- und Stromnetzes in Forst (Lausitz) wird durch die NBB wahrgenommen.

Zum Exportprogramm gehört unter anderem die Installation eines Photovoltaik-Speichersystems in einem Gebäude der Stadtwerke Forst (Lausitz) „mit einer PV-Anlage auf dem Dach, Speichermodulen im Keller, und der intelligenten Anbindung an die Netzleitwarte der NBB in Berlin", so Robert Schmidt. Mit diesem System kann zum Beispiel die Erzeugung an den Verbrauch angeglichen oder eine Abschaltung der Anlage bei einem Überschuss an regenerativem Strom im Netz vermieden werden.

## BIO-ERDGAS FÜR BLOCKHEIZKRAFTWERKE

Die Einspeisung von aus erneuerbaren Quellen hergestelltem Bio-Erdgas in das Gasnetz zählt darüber hinaus weiterhin zu den Tätigkeiten der NBB. In Brandenburg hat das Unternehmen in den vergangenen Jahren sieben Bio-Erdgas-Anlagen angeschlossen – ein wichtiger Beitrag dafür, den Bewohnern der Hauptstadtregion Berlin diesen erneuerbaren und nahezu $CO_2$-neutralen Energieträger zugänglich zu machen. Seit 2013 ist außerdem die Anlage der Berliner Stadtreinigung (BSR) in Berlin-Spandau am Netz, in der aus Abfall- und Reststoffen Biogas gewonnen wird.

Während diese Anlage zur Betankung von BSR-Müllfahrzeugen mit dem klimaschonenden Kraftstoff Bio-Erdgas dient, werden im Berliner Stadtgebiet mittlerweile zahlreiche Blockheizkraftwerke mit Bio-Erdgas versorgt, die Wärme und Strom zum Beispiel für Wohnanlagen von Wohnungsbaugesellschaften bereitstellen.

Die NBB engagiert sich also auf vielen verschiedenen Gebieten, wenn es um die Weiterentwicklung und damit auch um die Zukunftssicherung des Netzbetriebs geht. „Der Gedanke, dass sich die Energienetze nicht mehr isoliert voneinander betrachten lassen, ist im Bewusstsein der NBB-Mitarbeiter verankert", sagt Robert Schmidt. „Durch die Energiewende hat diese Vernetzung einen zusätzlichen Schub erhalten. Bei der konkreten Umsetzung der verschiedenen Ideen lernen wir immer noch jeden Tag dazu." Und selbstverständlich teilt die NBB das Wissen, das sie in den letzten Jahren auf diesen Gebieten erworben hat, mit anderen.

Im Messelbau auf dem EUREF-Gelände gibt es einen Showroom, in dem Besucher die wesentlichen Elemente und das Funktionsprinzip des Micro Smart Grids erfahren können. Bei vielen Veranstaltungen erläutert Robert Schmidt hier den Gästen, wie das Smart Grids aufgebaut ist und wie Energieerzeugung, -speicherung und -verbrauch miteinander in Einklang gebracht werden.

Oft sind es Schulklassen, die sich um den entfernt an einen Spieltisch im Casino erinnernden Demonstrationsscreen drängen, auf dem Schmidt dann Figuren hin und her schiebt, die die Erzeuger und Verbraucher im Micro Smart Grid symbolisieren. „Uns ist wichtig, auch junge Menschen für die Energiewende und ihre vielen kleinen Details zu interessieren und zu begeistern", sagt Robert Schmidt.

Auch der Gasometer selbst wird in Zukunft mehr und mehr zu einem Teil der neuartigen Energielandschaft auf dem EUREF-Gelände, selbst wenn er aus einem anderen Zeitalter der Energiewirtschaft stammt: Schon im Frühjahr 2014 werden auf ihm durch das Reiner Lemoine Institut zwei neue Klein-Windkraftanlagen montiert, die weit sichtbar Strom aus regenerativen Quellen für die Verbraucher im Micro Smart Grid produzieren.

WIR ÜBERNEHMEN

# Verantwortung für unsere Mitarbeiter

KATHLEEN FISCHER
Mitarbeiterin der Abteilung Controlling bei der NBB

MAXIMILIAN FISCHER
Nachwuchskraft

Für den Betrieb von lebenswichtigen Infrastrukturen wie beispielsweise Versorgungsnetzen benötigt ein Unternehmen Mitarbeiter, die ihre ganze Erfahrung und Motivation in die Arbeit einbringen. Die NBB tut viel dafür, damit die Angestellten bestmögliche Bedingungen für ihre Tätigkeiten vorfinden – deutlich über das übliche Maß hinaus.

Die Abteilung Controlling der NBB hat ihre Büros in der sechsten Etage der Unternehmenszentrale im Hackeschen Quartier Berlin. Kathleen Fischer, eine der Mitarbeiterinnen der Abteilung, hat sich an diesem Tag von ihren Kolleginnen und Kollegen entfernen müssen – die räumliche Trennung stellt aber überhaupt kein Problem für sie dar. Denn im vierten Stock befindet sich das Eltern-Kind-Büro, und dort kann Kathleen Fischer ihren Arbeitstag gemeinsam mit ihrem Sohn Maximilian verbringen, ohne dass sie bei ihren Arbeitsmöglichkeiten, was Technik und Ausstattung angeht, irgendwelche Abstriche machen muss. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die NBB ein maßgebliches Ziel, wenn es um die Verantwortung für die rund 420 Mitarbeiter geht. Und das Eltern-Kind-Büro ist ein Ausdruck davon.

Genutzt wird es allerdings nicht sehr oft, „im Durchschnitt etwa zweimal im Monat“, so Tina Hunnius, Mitarbeiterin der Personalabteilung der NBB. Denn das Büro mit eigenem Spielbereich wird vor allem bei akuten Betreuungsengpässen in Anspruch genommen – wenn die Großeltern kurzfristig doch nicht auf ihren Enkel aufpassen können oder in der Kita eine Scharlach-Infektionswelle wütet. „Meinem Sohn gefällt es hier, und für einen Tag ist das eine sehr gute Lösung“, so Kathleen Fischer.

Bei längerfristigen Erkrankungen können die Mitarbeiter auf den ElternService AWO GmbH zurückgreifen. Dieser Service bietet jungen Familien zum Beispiel Beratungsdienstleistungen und unterstützt bei der Vermittlung von Babysittern, Tagesmüttern, Ferienbetreuungsangeboten und bei vielem mehr. Die Kosten für die vom ElternService angebotenen Beratungs- und Vermittlungsleistungen übernimmt die NBB für ihre Mitarbeiter. Ein ähnliches Angebot für NBB-Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen ist derzeit im Aufbau und soll zum Beispiel bei der Vermittlung von Pflegeplätzen oder bei der Bearbeitung von Anträgen Unterstützung leisten.

Warum tut das Unternehmen so viel dafür, dass seine Angestellten sich einerseits bei der Arbeit wohlfühlen und sich andererseits auch in Notlagen auf die Hilfe ihres Arbeitgebers verlassen können? – Als Betreiberin von Energienetzen bewegt sich die NBB in sensiblen Betätigungsfeldern, in denen es unter anderem auf die Motivation, die Übersicht und durchaus auch auf die geistige Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter ankommt.

## IM NETZBETRIEB GEHT ES UM ERFAHRUNG

Vor allem aber geht es um Erfahrung. Die Kompetenz der NBB im Betrieb von Gasnetzen gründet sich auf die langjährige Routine der Mitarbeiter und im gleichen Maße auf ihre Fähigkeit, neuen Anforderungen mit Flexibilität, Dynamik und überzeugenden Konzepten zu begegnen. Die vergleichsweise geringe Personalfluktuation und die lange Betriebszugehörigkeit zahlreicher NBB-Angestellter bieten dafür die besten Voraussetzungen.

Diese Kompetenzen pflegt die NBB auf vielfältige Weise: mit betriebsinternen Fortbildungen, mit regelmäßigen Projekt-, Team- und Abteilungsmeetings sowie einem intensiven Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen in der Hierarchie des Unternehmens.

*Die NBB fördert die „Fitness“ ihrer Mitarbeiter im Beruf ebenso wie in der Freizeit.*

Circa 63 Prozent der NBB-Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz in der Unternehmenszentrale direkt am Hackeschen Markt, also mitten in Berlin, in unmittelbarer Nähe zum Alexanderplatz, zur Friedrichstraße und zu den vielfältigen kulturellen und kulinarischen Angeboten in den Bezirken Mitte und Prenzlauer Berg. „Wenn man sich nach der Arbeit noch mit Kollegen verabreden will, kann man aus einer Vielzahl von Restaurants wählen“, sagt Tina Hunnius. „Und es gibt viele Drogeriemärkte in der Umgebung – gerade für Eltern ein nicht unwesentlicher Faktor“, ergänzt Kathleen Fischer.

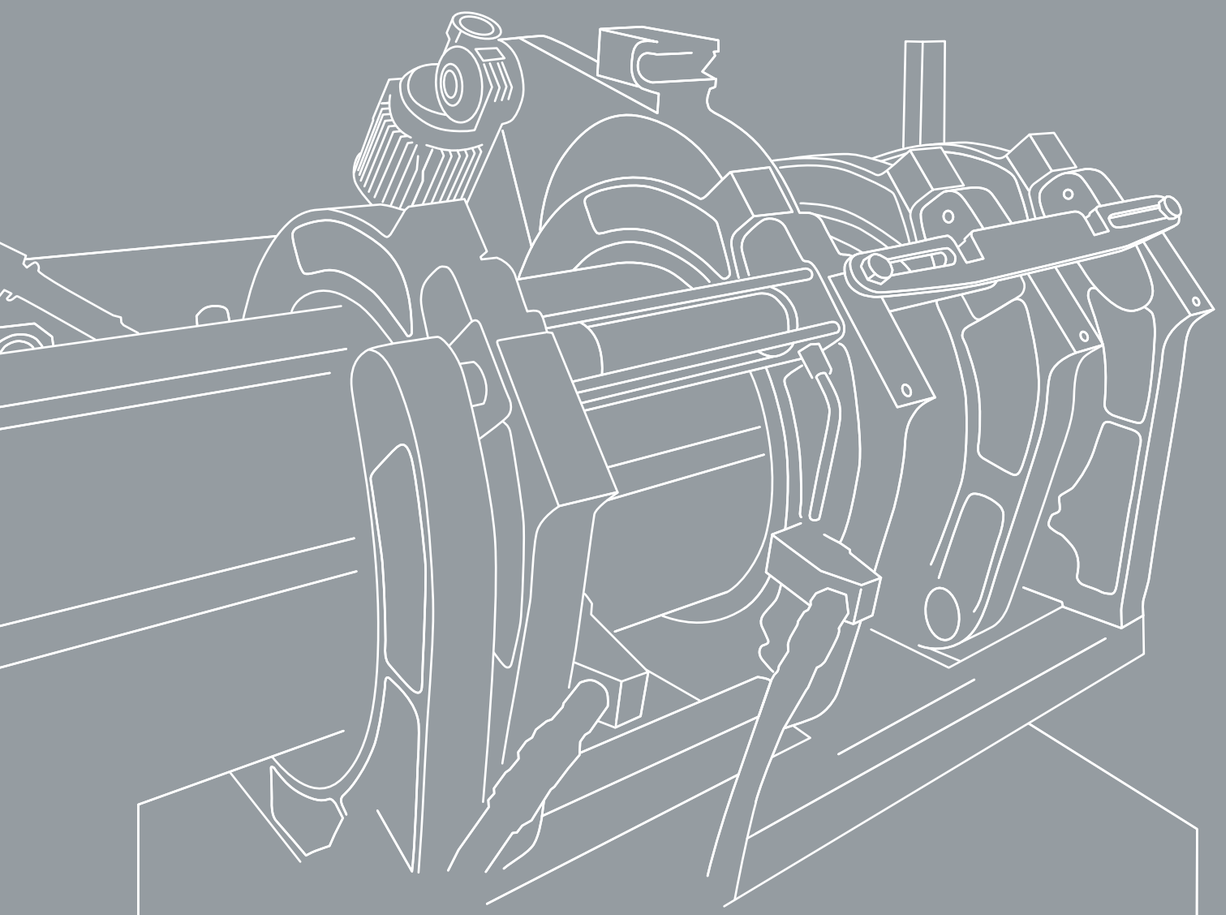
## ARBEITEN MITTEN IN DER STADT

2011 hat die NBB ihr neues Quartier bezogen. Und die Verkehrsanbindung ist nahezu perfekt: Der S-Bahnhof Hackescher Markt und eine Haltestelle der Straßenbahn liegen quasi vor der Tür, auch zur nächsten U-Bahnstation müssen die Mitarbeiter nur wenige Hundert Meter zurücklegen. Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs unterstützt die NBB beispielsweise, indem sie die vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg erhältlichen Firmen- bzw. Monatstickets mit monatlich 30 Euro bezuschusst.

Gemeinsame Aktivitäten der Mitarbeiter werden von der NBB gefördert – das betrifft vor allem den sportlichen Bereich. Die Mitarbeiter können aus einem reichhaltigen Angebot an Sportarten wählen: Tischtennis, Bowling, Kegeln, Golf, Volleyball, Skat, Squash oder etwas Exotischeres wie Drachenbootfahren. Auch eine NBB-Fußballmannschaft gibt es – übrigens unter aktiver Mitwirkung der Geschäftsführung. Körperlichen und emotionalen Ausgleich bieten Yogakurse, die unter fachlicher Anleitung durchgeführt werden und dabei helfen, neue Energien zu tanken, um effektiv und lösungsorientiert zu arbeiten.

Ein Unternehmen lebt nicht nur von der Erfahrung seiner Mitarbeiter, es lebt auch von den frischen Ideen und der Begeisterungsfähigkeit, die Nachwuchskräfte in die tägliche Arbeit einbringen. Die NBB hat zum Beispiel ihr Ausbildungsprogramm zuletzt ausgebaut: Seit Anfang 2014 hat das Unternehmen in Kooperation mit dem Leitungsbauunternehmen BEGA.tec GmbH eine gewerbliche Ausbildung aufgebaut, der derzeit zehn Auszubildende angehören. „Das bringt für uns ganz neue Inhalte und Anforderungen mit sich“, erklärt Tina Hunnius aus der Personalabteilung. „Eine Herausforderung, der wir uns sehr gern stellen. Denn die Weitergabe von Wissen und Kompetenz an die nächste Generation ist uns ein großes Anliegen.“ Weiterhin bietet die NBB Ausbildungen im kaufmännischen Bereich, im Büromanagement und in Form eines dualen Studiums an.

Verantwortung für die Mitarbeiter übernimmt die NBB aber auch über das eigentliche Ende des Beschäftigungsverhältnisses hinaus: Neben Angeboten zur Altersteilzeit besteht umgekehrt auch die Möglichkeit für eine Beschäftigung während der Rente – denn die NBB schätzt das Wissen und die Erfahrung auch der ehemaligen Mitarbeiter. Schließlich wissen sie genau, wie die von der NBB betriebenen Netze funktionieren.





# Lagebericht 2013

1. GRUNDLAGEN 32

1.1 Geschäftsmodell 32
1.2 Personal 32

2. WIRTSCHAFTSBERICHT 33

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen 33
2.2 Energiepolitische und rechtliche Rahmenbedingungen 34
2.3 Geschäftsverlauf 35
2.4 Tätigkeitsabschluss Verteilung 38

3. ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE 40

3.1 Ertragslage 40
3.2 Finanzlage 42
3.2.1 Kapitalstruktur 42
3.2.2 Liquidität 42
3.3 Vermögenslage 43

4. NACHTRAGSBERICHT 46

5. CHANCENBERICHT 46

6. RISIKOBERICHT 47

7. PROGNOSEBERICHT 52

# 1. Grundlagen

### 1.1 GESCHÄFTSMODELL

Die NBB ist eine der größten örtlichen Verteilnetzbetreiberinnen bundesweit. Sie sorgt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit für einen technisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb der Gasverteilung in Berlin und großen Teilen Brandenburgs bis nach Sachsen und Sachsen-Anhalt hinein. Zu den Kernaufgaben der NBB zählen die Durchführung des sicheren, störungsfreien und effizienten Netzbetriebs, die Instandhaltung und der Ausbau der Leitungsnetzinfrastruktur, die Sicherstellung und Abwicklung des Netzzugangs und der Netzdurchleitung sowie die Überwachung bzw. Steuerung von Dienstleistern. Darüber hinaus sind auch die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter, die technische und kaufmännische Beratung sowie die Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Erbringung sonstiger technischer Dienstleistungen Gegenstand der NBB.

Die NBB verfügt über ein Kapital von 1.000 Tausend Euro, an dem zum 31. Dezember 2013 die GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft (nachfolgend GASAG genannt), Berlin, zu 80,5 %, die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH (nachfolgend EMB genannt), Potsdam, zu 16,5 % und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH (nachfolgend SpreeGas genannt), Cottbus, zu 3,0 % als Kommanditistinnen beteiligt sind.

Die Aufnahme des Gesellschafters SpreeGas erfolgte mit Anpassung des Gesellschaftsvertrags zu Beginn des Geschäftsjahres 2013. Die Eintragung der neuen Kommanditistenanteile in das Handelsregister erfolgte zum 30. Januar 2013.

Komplementärin der NBB ist die NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, die für die Geschäftsführung der NBB verantwortlich ist. Sie ist weder am Vermögen noch am Gewinn oder Verlust der NBB beteiligt.

Die Nutzungsrechte an der jeweiligen Netzinfrastruktur der Gesellschafter GASAG, EMB und SpreeGas wurden durch Abschluss von Pachtverträgen auf die NBB übertragen. Dadurch erwarb die NBB die Netzbetreibereigenschaft im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Der Pachtvertrag zwischen der NBB und dem neuen Gesellschafter SpreeGas wurde am 11. Dezember 2012 geschlossen, die Pachtzeit begann mit dem Übergabestichtag am 1. Januar 2013.

Die NBB hat mit Gründung des Unternehmens ein Qualitätsmanagementsystem mit integriertem Technischem Sicherheitsmanagement nach DVGW-Arbeitsblatt G1000 gemäß den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 erstmalig zum 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Um den gestiegenen Anforderungen hinsichtlich Beherrschung und Reduzierung von Umweltbelastungen, die durch die Tätigkeiten der NBB hervorgerufen werden können, gerecht zu werden, wurde das vorhandene Managementsystem um ein Umweltmanagementsystem nach den Anforderungen der DIN EN ISO 14001 erweitert. Im Oktober 2013 wurde das Überwachungsaudit der Qualitäts- und Umweltmanagementsysteme durchgeführt; im Wesentlichen betraf dies die Prozesse der Betriebsführung für Gasanlagen, der Vermarktung der Netznutzung und kerngeschäftsnahe Dienstleistungen einschließlich der kaufmännischen und administrativen Prozesse. Die Zertifizierungsstelle hat die Aufrechterhaltung der Zertifikate für das Qualitäts- und Umweltmanagementsystem beschieden.

### 1.2 PERSONAL

In einer internationalen und branchenübergreifenden Studie der Transformation Management AG zum Talentmanagement ist die NBB unter den Top-25 % der gesamten Unternehmen platziert. In der Gruppe der Energieversorger ist die NBB sogar der zweitbeste Talentförderer. Grund ist die konsequente Nutzung aller Personalinstrumente.

Darüber hinaus bietet die NBB eine Vielfalt an Angeboten der betrieblichen Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes mit präventivem Charakter, wozu vor allem die flexible Arbeitszeitgestaltung, Telezeitarbeit und Telearbeit zu zählen sind.

Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, stellt die NBB ihren Mitarbeitern am Standort außerdem ein Eltern-Kind-Büro zur Verfügung. Darüber hinaus arbeitet die NBB mit dem ElternService der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zusammen. Die Leistungen des ElternService der AWO umfassen dabei Informationen, Beratung und Vermittlung zum Thema Kinderbetreuung sowie die Vermittlung einer Notfallbetreuung bei Ausfällen der regulären Kinderbetreuung in einer Kindertagesstätte oder im Haushalt des Kindes.

Die NBB hat zum 31. Dezember 2013 ein Stammpersonal in Höhe von 416 Mitarbeitern (Vorjahr: 384 Mitarbeiter). Der Abschluss des Pachtvertrages zwischen der NBB und SpreeGas und die Ausgliederung des Netzbetriebes der SpreeGas hatten zur Folge, dass 29 Mitarbeiter des Netzbetriebes der SpreeGas im Rahmen eines Teilbetriebsübergangs nach § 613a BGB zur NBB übergegangen sind.

Des Weiteren hat die NBB die netzbetreiberspezifischen Tätigkeiten und die damit verbundenen 4 Mitarbeiter von der DSE Direkt-Service Energie GmbH per Teilbetriebsübergang nach § 613a BGB übernommen.

Am 1. Januar 2013 wurden im Zuge der Übertragung der Netzaktivitäten der SpreeGas auf die NBB vier Auszubildende übernommen. Seit dem 1. Januar 2014 hat die NBB außerdem in Kooperation mit der BEGA.tec GmbH eine gewerbliche Ausbildung aufgebaut. Dabei sollen durchschnittlich 15 technische Auszubildende in ein Ausbildungsverhältnis mit der NBB eintreten. Die operative Ausbildung wird im Wesentlichen von der BEGA.tec durchgeführt und im Rahmen eines Kooperationsvertrages geregelt.

# 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2013 weiter gewachsen. Die durchschnittliche Wachstumsrate für das Jahr 2013 ist wegen des schwachen Winterhalbjahres jedoch erheblich belastet und beträgt laut Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 0,4 %. Im Jahresverlauf 2013 entspricht dies allerdings einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von Schlussquartal zu Schlussquartal in Höhe von 1,3 %, was erheblich über der vergleichbaren Wachstumsrate für 2012 liegt.

Die Wachstumsimpulse gingen in 2013 im Wesentlichen von der Binnennachfrage aus, wobei als Folge der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und der moderaten Preisniveauentwicklung die privaten Konsumausgaben und die privaten Wohnungsbauinvestitionen eine wesentliche Rolle spielten.

Damit war und ist der Wohnungsbau, mit einem Plus von 6,1 % bei den Auftragseingängen und 2,4 % Umsatzanstieg in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013, die treibende Kraft der Bauindustrie. Demgegenüber entwickelte sich der öffentliche Bau un-

einheitlich. Von Januar bis Oktober wurde zwar ein Umsatzplus von 3,0 %, allerdings auch ein Rückgang bei den Auftragseingängen von 2,5 % verzeichnet.

Im Erdgasmarkt kam es laut dem BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. im Jahr 2013 nach ersten Schätzungen zu einem Absatzanstieg von 7 %. Grund hierfür sei vor allem die kalte Witterung in der ersten Jahreshälfte gewesen, die den Erdgaseinsatz zur Wärmerzeugung deutlich hat steigen lassen. Gegenläufige Effekte wie die mildere Witterung in der zweiten Jahreshälfte und der weiterhin rückläufige Einsatz in Kraftwerken schwächten diesen Anstieg ab. Konjunkturell bedingt habe es kaum steigernde Impulse gegeben.

## 2.2 ENERGIEPOLITISCHE UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Mit dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), das am 13. Juli 2005 in Kraft getreten ist, erfolgte die Einführung des regulierten Netzzugangs. Die Zuständigkeit der Regulierung auf Bundesebene obliegt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA). Die Entscheidungen der BNetzA haben maßgeblichen Einfluss auf die Branche, die weiterhin durch einen wachsenden Wettbewerbs- und Kostendruck geprägt ist.

Die am 1. Januar 2009 begonnene erste Anreizregulierungsperiode, mit der die deutschen Energienetze dem Anreizregulierungssystem unterworfen wurden, endete am 31. Dezember 2012. Die Anhörung zu den Erlösobergrenzen der zweiten Anreizregulierungsperiode (1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2017) dauerte im Berichtsjahr an. Mit der endgültigen Festlegung der Erlösobergrenzen für die zweite Regulierungsperiode ist nicht vor März 2014 zu rechnen. Die von der BNetzA vorläufig ermittelten Effizienzwerte und die vorläufig anerkennungsfähigen Netzkosten bilden die Basis für die zum 1. Januar 2013 durch die BNetzA zu bescheidenden Erlösobergrenzen der NBB für die zweite Anreizregulierungsperiode.

Seit Einführung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird die Differenz zwischen der Erlösobergrenze und den vom Netzbetreiber erzielten Erlösen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 ARegV jährlich auf dem Regulierungskonto verbucht. Gleiches gilt gemäß § 5 Abs. 1 ARegV für die Differenz zwischen den im Kalenderjahr bei der Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen entstandenen Kosten sowie den Messkosten und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Im Jahr 2012, welches das letzte Jahr der ersten Regulierungsperiode bildet, wurde der Saldo des Regulierungskontos per 31. Dezember 2011 für die vorangegangenen drei Kalenderjahre ermittelt und mit entsprechenden verzinsten Zu- oder Abschlägen gleichmäßig über die folgende Regulierungsperiode verteilt. Diese Verteilung fand in den Erlösobergrenzen und damit den Preisblättern des Berichtsjahres erstmalig ihre Anwendung.

Seit Ende 2012 wurden die Verhandlungen in der Gasbranche zur Kooperationsvereinbarung Gas VI (KoV VI) geführt, die dann im Juni 2013 mit Wirkung zum 1. Oktober 2013 veröffentlicht wurde. Zu den wesentlichen Neuerungen mit Wirkung für die Verteilnetzebene zählen die Anpassungen bei der internen Kapazitätsbestellung sowie die Einführung von abschaltbaren Netznutzungsverträgen.

Darüber hinaus wurden Regelungen zur Marktraumumstellung von L- auf H-Gas aufgenommen. Die dadurch entstehenden Kosten werden von den Ferngasnetzbetreibern gebündelt und über die interne Bestellung als zusätzlicher Bestandteil der nicht beeinflussbaren Kosten auf die Verteilnetze gewälzt. Des Weiteren werden in den neuen Paragrafen zur Systemverantwortung Informationspflichten zwischen vorgelagerten und nachgelagerten Netzbetreibern beschrieben.

Die EU-Verordnung über „Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung (SoS-VO)“ hat das BMWi auf nationaler Ebene unter anderem durch die Veröffentlichung eines Notfallplans Gas umgesetzt. Hierin sollen in den ersten beiden Krisenstufen (Frühwarnstufe, Alarmstufe) zunächst marktbasierte Maßnahmen durch eigenverantwortliches Handeln der Marktakteure, zum Beispiel durch Nutzung interner Regelenergie, Einsatz von Lastflusszusagen oder unterbrechbare Kapazitäten zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit, zum Einsatz kommen. In der dritten Krisenstufe (Notfallstufe) sollen dann auch hoheitliche Eingriffsmöglichkeiten per Erlass von Verfügungen staatlicher Stellen zur Anwendung kommen, zum Beispiel durch Erhöhung der Gasausspeicherung, Substitution von Erdgas durch andere Brennstoffe und Abschaltung von Industriekunden, um den lebensnotwendigen Bedarf an Erdgas sicherzustellen. Dabei sind geschützte Kunden besonders zu berücksichtigen. Verbandsseitig wird mit dem BMWi über die Ausgestaltung und operative Umsetzung einer geeigneten übergeordneten Krisenstabsstruktur im Rahmen der Notfallstufe diskutiert. Hierzu wurden in einer Anhörung beim BMWi Verbände, Landesgruppenvertreter, BNetzA und Wirtschaftsvertreter konsultiert, bei der auch die NBB involviert war.

## 2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

Die NBB weist im Geschäftsjahr 2013 einen Jahresüberschuss in Höhe von 5.713 Tausend Euro (Vorjahr: 3.234 Tausend Euro) aus. Die Gesamtumsatzerlöse von 368.548 Tausend Euro (Vorjahr: 338.434 Tausend Euro) wurden vorwiegend durch Umsatzerlöse aus der Vereinnahmung von Netzentgelten erzielt. Den Gesamtumsatzerlösen stehen insbesondere Materialaufwendungen in Höhe von 324.064 Tausend Euro (Vorjahr: 292.841 Tausend Euro), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 27.053 Tausend Euro (Vorjahr: 33.455 Tausend Euro) sowie Personalaufwendungen in Höhe von 26.362 Tausend Euro (Vorjahr: 24.675 Tausend Euro) gegenüber.

Die SpreeGas hat im Rahmen der rechtlichen und operativen Entflechtung des Netzbetriebs des Verteilernetzes diesen auf die NBB übertragen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 erfolgte durch Betriebsänderung im Wege eines Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB die Überführung der Netzbetriebsaktivitäten der SpreeGas an die NBB. Die SpreeGas bleibt weiterhin Eigentümerin des SpreeGas-Netzes, dessen Nutzung wurde aber durch Abschluss eines Pacht-/Betriebsführungsvertrages auf die NBB übertragen. Die zum Netzbetrieb notwendigen Standorte werden durch die NBB von der SpreeGas gemietet. Alle übrigen mit dieser Tätigkeit verbundenen Betriebsmittel sind durch Kaufvertrag auf die NBB übergegangen, sodass diese in die Lage versetzt wurde, den Netzbetrieb seit dem 1. Januar 2013 effizient zu führen. Zum Betrieb des Netzes führt die NBB das Regionalcenter Cottbus als Betriebsteil und -stätte fort. Von dem Betriebsübergang waren 36 Arbeits- und 4 Ausbildungsverhältnisse in der SpreeGas betroffen.

Für alle Teilnetze wurden die neuen ab 1. Januar 2013 geltenden Netzentgelte auf der Internetseite der NBB veröffentlicht. Die Preisblätter wurden der BNetzA angezeigt und dokumentiert. Für die Netze Berlin und Brandenburg findet ein gemeinsames Preisblatt Anwendung. Dabei erfuhren die Preise insbesondere aufgrund der geänderten vorgelagerten Netzkosten, der Auswirkungen des Beginns der zweiten Anreizregulierungsperiode, des Erweiterungsfaktors und des Regulierungskontos eine Anpassung. Das Netz der SpreeGas „Spree-Niederlausitz“ hat gegenüber den Bestandsnetzgebieten Berlin und Brandenburg aufgrund der Neustellung ein eigenständiges Netzentgelt.

Das Kerngeschäft der NBB ist von einem Rückgang im Bereich der Netzentgelte geprägt. Zwar sind die Gesamttransportmengen im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen durch das hinzugekommene Teilnetz Spree-Niederlausitz sowie witterungsbedingt um 3,7 Milliarden kWh bzw. um 10,0 % gestiegen. Dagegen ergab die Ermittlung des Regulierungskontos im Geschäftsjahr 2013 Rückstellungszuführungen inklusive Zinsen in Höhe von 14.803 Tausend Euro. Gemäß § 5 Abs. 3 ARegV müssen die Netzentgelte vor Ende der Regulierungsperiode angepasst werden, sofern die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres um mehr als 5 % übersteigen. Im Berichtsjahr wurde diese 5 %-Grenze überschritten, sodass die Netzentgelte bereits im Jahr 2015 entsprechend nach unten korrigiert werden müssen. Die Forderungen aus dem Regulierungskonto der ersten Regulierungsperiode, die in den Teilnetzen im Jahr 2015 entgelterhöhend wirken, haben dabei die Rückstellungszuführungen gemindert.

Gegenüber dem Jahr 2012 ist die Nachfrage nach Netzanschlüssen im gesamten Netzgebiet um ca. 10 % erneut gestiegen. Im Berliner Netzgebiet wurden ca. 3,6 Tausend Aufträge (+3,1 %), im Netzgebiet Brandenburg 2,3 Tausend Aufträge (+22,9 %) und in dem seit dem 1. Januar 2013 von der NBB verantworteten Netzgebiet Spree-Niederlausitz 0,5 Tausend Aufträge erfasst. Bei ca. 88 % der Aufträge betrug die Anschlussleistung weniger als 50 kW (Ein- bis Mehrfamilienhaus).

Unterschiede in der Nachfrage gab es zwischen einzelnen Netzanschlüssen und Erschließungen. Während die Anzahl und der Umfang an Erschließungen von Wohngebieten konstant geblieben sind, ist die Anzahl der angefragten Einzelhausanschlüsse, insbesondere im Bereich der Bestandsbauten, gestiegen. Gründe sind der günstige Anschlusspreis an das bestehende Netz in Kombination mit einer kostengünstigen Heizungsanlage. Die Gesamtkostenbilanz spricht aufgrund der mittel- bis langfristig günstigen Lieferpreise für Erdgas.

Bei Bestandsbauten ist die Steigerung der Anschlusszahlen außerdem durch die derzeitigen Heizölpreise sowie die nicht mehr vorhandene Ölpreisbindung im Gasverkauf bedingt. Auch die Nachfrage und der Anschluss von wärme- und stromerzeugenden Heizungsanlagen (BHKW, Mini-BHKW) haben, gegebenenfalls durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln bzw. Prämien der Versorger, erneut zugenommen. Die kombinierte Nutzung von Wärme und selbst erzeugtem Strom stellt für viele Kunden die derzeit wirtschaftlichste Wärmeerzeugung dar. Der Anteil von Gewerbekunden und von großen Mehrfamilienhäusern beträgt an den gesamten Anschlussaufträgen ca. 13 % und betrifft Netzanschlüsse mit einer Anschlussleistung von mehr als 50 kW. Die Kundengruppe der Gewerbekunden fragt zunehmend Netzanschlüsse für den Betrieb von KWK-Anlagen in Verbindung mit der Belieferung von Biogas nach.

Die NBB verzeichnet eine sich abflachende Auftragslage beim Anschluss von neuen Biogaserzeugungsanlagen. Die Biogaseinspeiseanlage Vehlefanz im Netzgebiet Brandenburg sowie die der Berliner Stadtreinigungsbetriebe im Berliner Netz wurden in diesem Jahr in Betrieb genommen. Derzeit befinden sich die Anlagen Neustadt/Dosse und Trebbin im Netzgebiet der EMB sowie Senftenberg im Netzgebiet der SpreeGas im Bau.

Im Geschäftsjahr 2013 setzte die NBB das Programm der zustandsorientierten Erneuerung weiterhin fort. Auf Basis der Analyse der Leckstellenentwicklungen und der Messergebnisse aus dem kathodischen Korrosionsschutz wurde der Zustand der Netze mittel- und langfristig erhalten. Die Höhe der Investitionen bewegte sich auf Vorjahresniveau.

In Vorbereitung auf einen möglichen Notfall und damit verbundene Kapazitätseinschränkungen hat die NBB auf Grundlage des BDEW-Leitfadens „Krisenvorsorge“ konkrete Prozesse ausgeprägt. In Vorbereitung auf einen möglichen Notfall und damit verbundene Kapazitätseinschränkungen hat die NBB vor Beginn der Heizperiode im Rahmen eines Krisentrainings mit allen beteiligten Abteilungen sowie Vertretern der KKI Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH (nachfolgend KKI genannt) die festgelegten Prozesse getestet.

Die NBB ist als Betriebsführerin in den Sparten Strom-, Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung auf der Grundlage bestehender Dienstleistungsverträge von der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG (nachfolgend NFL genannt), Forst (Lausitz), und der Stadtwerke Forst GmbH (nachfolgend SW Forst genannt), Forst (Lausitz), mit der Durchführung des operativen technischen Betriebs beauftragt. Für das Geschäftsjahr 2013 war es vorgesehen, das Regionalcenterkonzept der NBB, das eine Aufgabenteilung zwischen NBB-Zentrale und Regionalzentrum sowie den Einsatz von Dienstleistungsunternehmen für die Durchführung der operativen Betriebs- und Instandhaltungstätigkeiten vorsieht, am Standort Forst (Lausitz) einzuführen. Das Projekt befindet sich zurzeit in der Umsetzung. Ziel ist es, zum 1. April 2014 mit der neuen Organisation im Regionalcenter Forst (Lausitz) zu starten.

Das Geschäft der Tochtergesellschaft infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH (infrest GmbH), bestehend aus dem Betrieb einer webbasierten Austauschplattform für Leitungsanfragen, Genehmigungen sowie Aufgrabe- und Anzeigenmeldungen, wurde weiter ausgebaut. Nach dem Anlauf der produktiven Nutzung der Portallösung durch das Land Berlin und aufgrund der Aufnahme zusätzlicher Vertriebsaktivitäten wird gegenwärtig eine steigende Anzahl an abgeschlossenen Nutzungsvereinbarungen verzeichnet. Die aktuelle Ergebnissituation der infrest GmbH wird allerdings durch eine längere Anlaufphase als ursprünglich angenommen beeinflusst. Um die Ergebnisverluste aus der verlängerten Startphase zu überbrücken, hat die Gesellschafterversammlung einer Erhöhung des Gesellschafterdarlehnsrahmens mit Rangrücktritt in Höhe von 300 Tausend Euro und der Bildung einer Kapitalrücklage in Höhe von 200 Tausend Euro zugestimmt, von der die NBB entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils einen Anteil in Höhe von 67,36 % trägt.

Auch bei der im Jahr 2010 gegründeten Tochtergesellschaft KKI zeigt sich, dass die Anlaufphase des Unternehmens, insbesondere die Erreichung des notwendigen Bekanntheitsgrades, längere Zeit als geplant in Anspruch nimmt. Die Aufbau- und Entwicklungstätigkeiten sowie die Marketing- und Produktentwicklungsaktivitäten waren auch im Jahr 2013 prägend. Dadurch wurden im Heimatmarkt und bundesweit weitere Dienstleistungsverträge erfolgreich abgeschlossen und abgewickelt. Die Kunden bestätigen die Ansätze und Lösungen der KKI und unterstützen diese durch Referenzen und aktives Kundenmarketing. Fachpresse, Behörden und Organisationen fragen mittlerweile die Fachexpertise der KKI aktiv an. Zur Deckung der Ergebnisverluste in der verlängerten Startphase wurde die Erhöhung des Gesellschafterdarlehensrahmens mit Rangrücktritt in Höhe von 1.400 Tausend Euro durch die Gesellschafterversammlung beschlossen, wovon die NBB entsprechend ihrem Darlehensrahmenvertrag einen Anteil von 75 % trägt.

Durch sich regelmäßig ändernde Regulierungsanforderungen bezüglich der Prozesse sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Entwicklungen im Bereich des Energiedatenmanagements (EDM) erfolgt, die zu einer stark fragmentierten IT-Landschaft geführt haben. Dadurch sind Administrationsaufwendungen und Betriebskosten vergleichsweise hoch. Des Weiteren sind die Flexibilität und damit auch die Anpassungsgeschwindigkeit der IT, mit der auf die neuen Anforderungen der Regulierung reagiert werden kann, deutlich eingeschränkt. Diese Faktoren stellen ein Risiko für die Einhaltung der vorgeschriebenen Umsetzungsfristen dar.

Um dem entgegenzuwirken, wurde konzernweit ein strategischer IT-Bebauungsplan zum Energiedatenmanagement erarbeitet und Ende des Geschäftsjahres 2013 das EDM-Netzprojekt umgesetzt. Das bestehende EDM-System (GAS-X) wurde abgelöst, um flexibler auf die Marktanforderungen im Strom- und Gassegment reagieren zu können.

Die Informations- und Marketingplattform NETZWERK ERDGAS zeichnete auch im Berichtsjahr 2013 für die Durchführung und Teilnahme an verschiedensten Fachveranstaltungen und Messen verantwortlich, die wiederum ein reges Interesse an Informationen rund um den Energieträger Erdgas und die damit verbundenen Möglichkeiten der Energieeffizienz und Klimaverträglichkeit gezeigt haben. Zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades der NBB und ihrer Tochterunternehmen wurden verschiedene Mediaaktivitäten durch das NETZWERK ERDGAS organisiert. In diversen Fachmagazinen wurden Advertorials und Anzeigen zu netzspezifischen und energiewirtschaftlich relevanten Themen geschaltet.

Die Energiepartnerschaft mit dem Campus Europäisches Energie Forum (EUREF) in Berlin-Schöneberg ist im Jahr 2013 im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten weitergeführt worden. Das vom Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung geförderte Projekt BeMobility 2.0 endete im Dezember 2013. Die NBB konnte im Rahmen der assoziierten Partnerschaft wertvolle Erfahrungen zum Thema Energiemanagement, insbesondere im Zusammenspiel verschiedener Erzeuger- und Speicherkomponenten erlangen.

Im Hinblick auf die zukünftigen Entgelte wurden die bereits bestehenden Maßnahmen zur Effizienzsteigerung weiter vorangetrieben. Hierfür hat sich die GASAG-Gruppe und somit auch die NBB mit dem Effizienzsteigerungsprogamm „Fokus" ehrgeizige Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsziele gesetzt. Auf Basis des zu Beginn 2012 durchgeführten Benchmarkings wurden Handlungsfelder identifiziert und konkrete Arbeitspakete von Budgetkürzungen über Prozessoptimierungen bis hin zu strukturellen Themen gebildet. Die Umsetzung des Programms läuft bis zum Jahr 2015. In 2013 konnten weitere Kosteneinsparungen realisiert werden. In 2014 werden neben dem konsequenten Maßnahmencontrolling zu den identifizierten Einsparpotenzialen die Umsetzung struktureller Themen sowie die Neuausrichtung der Konzernsteuerung und -führung einen wesentlichen Bearbeitungsschwerpunkt bilden, um die Wirkung in den Folgejahren sicherzustellen.

Im Rahmen der Konzessionsvertragsstrategie fokussiert die NBB den Großteil ihrer Bemühungen auf die Unterstützung der Asset Owner bei der Bestandssicherung der vorhandenen Konzessionen in Berlin und Brandenburg.

Im Berliner Konzessionsverfahren wurden die Bewerber mit dem zweiten Verfahrensbrief aufgefordert, einen allgemeinen, konzeptionellen und vertraglichen Teil abzugeben. Die unverbindlichen Angebote der NBB für die reine Neukonzessionierung sowie der GASAG und der NBB für eine mögliche Kooperation wurden fristgerecht am 7. Juni 2013 abgegeben. Der dritte Verfahrensbrief wurde Anfang Februar 2014 an die Bieter übersendet. In diesem hat das Land Berlin die Bieter zur Abgabe eines verbindlichen Angebots für die reine Konzessionierung sowie für die Kooperationslösung aufgefordert. Die verbindlichen Angebote dürfen unter keinem Vorbehalt stehen, der die Rechtsverbindlichkeit hindert. Die Bindefrist für die verbindlichen Angebote wird voraussichtlich ein Jahr betragen. Die Vergabeentscheidung wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 fallen.

In Brandenburg ist eines der letzten in der aktuellen Periode laufenden Konzessionsverfahren dasjenige in Hohen Neuendorf. Neben der reinen Neukonzessionierung prüft die Stadt Hohen Neuendorf auch die Umsetzung einer Beteiligungslösung.

Die Stadt Kyritz hat im Jahr 2009 ein Auswahlverfahren für den Neuabschluss eines Gas- sowie eines Stromnetzkonzessionsvertrages durchgeführt. Den Zuschlag für beide Konzessionen hat die PVU Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen GmbH (PVU) erhalten. Die EMB trat daraufhin gemeinsam mit der NBB in Verhandlungen mit der PVU über die Gründung einer gemeinsamen Gasnetzgesellschaft (NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH). Im Ergebnis wurde eine Einigung über ein Umsetzungskonzept erzielt, welches die Gründung einer Netzgesellschaft sowie den Weiterbetrieb des Gasnetzes durch die NBB im Rahmen eines Pachtmodells ab dem Jahr 2014 vorsieht.

Am 2. Februar 2011 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow den Abschluss eines neuen Wegenutzungsvertrages mit der Rathenower Wärmeversorgung GmbH (RWV) beschlossen. Im Anschluss an die Vergabe des Wegenutzungsvertrages an die RWV haben EMB und NBB intensive Verhandlungen über eine mögliche Kooperation mit der RWV und der Stadt Rathenow geführt. Im Ergebnis dieser Verhandlungen hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow einen neuen Beschluss gefasst, der die Gründung einer gemeinsamen Netzgesellschaft in Kooperation mit der EMB beinhaltet. Die Rathenower Netz GmbH hat mit der NBB einen Pachtvertrag geschlossen, in dem der Betrieb des Gasnetzes ab dem 1. Januar 2014 auf die NBB übertragen wurde.

## 2.4 TÄTIGKEITSABSCHLUSS VERTEILUNG

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG müssen Unternehmen, die mit einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen verbunden sind, zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung in ihrer Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Mit der Erstellung des Jahresabschlusses ist für jeden Tätigkeitsbereich eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen.

Für die NBB leitet sich daraus die Verpflichtung ab, einen Tätigkeitsabschluss für die Gasverteilung zu erstellen.

### Tätigkeitsabschluss Gasverteilung

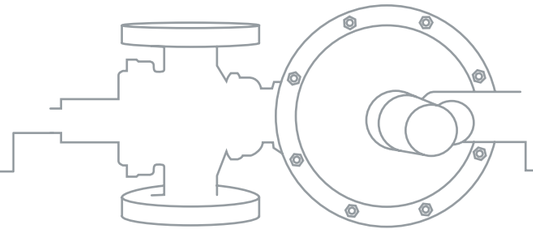
Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen die Erlöse aus Netzentgelten, die Abrechnungen der Mehr- und Mindermengen sowie die Abwicklung der Investitionen in das Gasnetz. In den Bestandsveränderungen sind im Wesentlichen die Veränderungen an unfertigen Leistungen für Investitionen in das Gasnetz enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Schadensersatzansprüche gegenüber den Asset Ownern GASAG und EMB aus dem vorhandenen Regulierungsmodell sowie Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten aus vereinnahmten Hausanschlussbeiträgen und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Im Materialaufwand sind als wesentliche Bestandteile neben den erforderlichen Kosten für den Netzbetrieb auch die Pacht, die vorgelagerten Netzkosten und die Aufwendungen für die Investitionsmaßnahmen enthalten.

Der Jahresüberschuss in der Verteilung liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus mengenbedingt steigenden und periodenfremden Umsatzerlösen aus Netzentgelten. Die positive Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge ergibt sich im Wesentlichen aus den Schadensersatzansprüchen gegenüber den Asset Ownern sowie Rückstellungsauflösungen. Das Jahresergebnis wurde außerdem von signifikant geringeren Mietaufwendungen für die Gebäude der Regelanlagen, geringeren Aufwendungen für die Planung von Erschließungsgebieten sowie niedrigeren Aufwendungen für Beratungsleistungen positiv beeinflusst.

### Übrige Aktivitäten

Die NBB erbringt neben den Leistungen in der Gasverteilung auch Dienstleistungen für andere Unternehmen. Ein Großteil der Leistungen wird für Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft erbracht. Neben der Sparte Gas werden hier auch Leistungen für die Sparten Strom, Trinkwasser und Fernwärme durchgeführt. Dazu gehören unter anderem der Betrieb der bestehenden Netze und Anlagen von Dritten sowie die Durchführung von Baumaßnahmen in den Netzen und Anlagen der Dritten. Darüber hinaus bietet die NBB weitere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Energie- und Versorgungsnetzen an. Dazu gehören die Netzsteuerung, das Störungsmanagement und der Netzvertrieb für die Netze von Dritten sowie die Beratung von regulierten Energieversorgungsunternehmen zu verschiedenen Aufgaben.



# 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

## 3.1 ERTRAGSLAGE

Die Ertragslage der NBB stellt sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt dar (siehe Tabelle Seite 41).

Im Geschäftsjahr 2013 weist die NBB einen Jahresüberschuss von 5.713 Tausend Euro (Vorjahr: 3.234 Tausend Euro) aus. Das Betriebsergebnis beläuft sich auf 5.598 Tausend Euro und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 3.427 Tausend Euro angestiegen. Dieser Anstieg setzt sich aus den im Folgenden erläuterten Effekten zusammen:

Die Erlöse aus Netzentgelten liegen um 606 Tausend Euro unter Vorjahresniveau. Dabei wird der Anstieg der Erlöse aufgrund des positiven Mengeneffekts durch die Bildung der Regulierungskontorückstellungen überkompensiert. Dieser Effekt resultiert aus der Entwicklung der Erlösobergrenze in der ab 2013 beginnenden zweiten Regulierungsperiode, die auf Basis der Netzkosten des Geschäftsjahres 2010 festgelegt wurde. Im Berichtsjahr wirkten sich Rückstellungszuführungen (ohne Zinsen) zum Regulierungskonto mit 14.282 Tausend Euro erlösmindernd aus, davon betreffen 4.462 Tausend Euro periodenfremde Sachverhalte.

Die Umsatzerlöse für Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen sind um 5.502 Tausend Euro angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr gab es hingegen einen geringen Bestandsabbau der unfertigen Leistungen, der im Wesentlichen durch die Fertigstellung und Abrechnung von Biogasanlagen im Brandenburger und Berliner Netz bedingt ist. Des Weiteren werden unter den Umsätzen Betriebsführungserlöse und Erlöse aus Dienstleistungen im Zusammenhang mit Vertragsdispatching, Außendienstleistungen, Sonderablesungen sowie Dokumentation und Leitungsauskünften ausgewiesen.

Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus den Erlösen aus dem Biogasanlagenbetrieb.

Der Mehr-/Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar. Den Erlösen aus Mehr-/Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber. Die dazugehörigen Aufwendungen werden unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren ausgewiesen. Für das Jahr 2013 erfolgte eine Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen aus dem Mehr-/Mindermengenausgleich. Die Effekte der Vorjahre werden unter dem neutralen Ergebnis ausgewiesen.

Den erzielten Umsatzerlösen und den Bestandsveränderungen stehen größtenteils Aufwendungen für Pacht, bezogene Leistungen und Material im Zusammenhang mit Rohrnetz- und Tiefbauarbeiten, Dienstleistungen sowie Aufwendungen für vorgelagerte Netze gegenüber.

Der Anstieg im Materialaufwand ist neben der Mehr-/Mindermengenabrechnung für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 11.221 Tausend Euro bedingt durch einen Anstieg der Aufwendungen für vorgelagerte Netzbetreiber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Schadensersatzansprüche gegenüber den Asset Ownern GASAG und EMB für Nachteile bei der Erlösobergrenzenfestsetzung aus dem vorhandenen Regulierungs-

**Die Ertragslage der NBB**

| | 2013 | 2012 | VERÄNDERUNG | |
|---|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| Umsatzerlöse | | | | |
| Netzentgelte | 275.808 | 276.414 | –606 | –0,2 |
| Arbeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen | 56.247 | 50.745 | 5.502 | 10,8 |
| Mehr-/Mindermengenabrechnung | 11.221 | 0 | 11.221 | >100 |
| Sonstige Umsatzerlöse | 13.418 | 9.216 | 4.202 | 45,6 |
| | 356.694 | 336.375 | 20.319 | 6,0 |
| Bestandsveränderungen | –114 | 8.165 | –8.279 | –101,4 |
| Andere aktivierte Eigenleistungen | 585 | 284 | 301 | 106,0 |
| **Gesamtleistung** | **357.165** | **344.824** | **12.341** | **3,6** |
| Sonstige betriebliche Erträge | 8.360 | 2.391 | 5.969 | 249,7 |
| Materialaufwand | | | | |
| Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 20.691 | 8.581 | 12.110 | 141,1 |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen | 289.697 | 284.176 | 5.521 | 1,9 |
| | 310.388 | 292.757 | 17.631 | 6,0 |
| Personalaufwand | | | | |
| Löhne und Gehälter | 20.062 | 18.058 | 2.004 | 11,1 |
| Soziale Aufwendungen | 4.595 | 4.186 | 409 | 9,8 |
| | 24.657 | 22.244 | 2.413 | 10,9 |
| Abschreibungen | 1.235 | 1.201 | 34 | 2,8 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 23.617 | 28.823 | –5.206 | –18,1 |
| Sonstige Steuern | 30 | 19 | 11 | 57,9 |
| **Betriebsergebnis** | **5.598** | **2.171** | **3.427** | **157,9** |
| Finanzergebnis | –479 | –1.882 | 1.403 | –74,5 |
| Neutrales Ergebnis | 304 | –236 | 540 | >100 |
| **Ergebnis vor Ertragsteuern** | **5.423** | **53** | **5.370** | **>100** |
| Ertragsteuern | –290 | –3.181 | –2.891 | –90,9 |
| **Jahresüberschuss** | **5.713** | **3.234** | **2.479** | **76,7** |

modell in Höhe von insgesamt 6.400 Tausend Euro. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Mieten für Grundstücke und Gebäude, dem Entfall von konzerninternen Dienstleistungen durch Insourcing von Personal sowie aus geringeren Aufwendungen für IT-Projektverrechnungen.

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2013 wird außerdem durch neutrale Effekte in Höhe von +304 Tausend Euro beeinflusst. Darin enthalten sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6.060 Tausend Euro (Vorjahr: 4.031 Tausend Euro), die im Wesentlichen aus der Auflösung von Baurückstellungen in Höhe von 1.805 Tausend Euro (davon betreffen 643 Tausend Euro Auflösungen von Rückstellungen für investive Baumaßnahmen), der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 1.503 Tausend Euro sowie der Auflösung von Rückstellungen aus Rückzahlungsverpflichtungen an insolvente Transportkunden in Höhe von 975 Tausend Euro resultieren. Demgegenüber stehen neutrale Aufwendungen aus der Zuführung von Einzelwertberichtigungen und Sondereffekte aus Rückstellungsbildungen für Schadensersatzforderungen sowie anhängige Klageverfahren. Unter den neutralen Aufwendungen sind außerdem Zuführungen zu Sozialplan- und Interessenausgleichsrückstellungen in Höhe von 1.380 Tausend Euro enthalten.

Die Aufwendungen für die Mehrerlösabschöpfung sowie für das Regulierungskonto wurden in der Vergangenheit bei den Steuererklärungen nicht angesetzt, da nach bisheriger Auffassung der Finanzverwaltung die Bildung einer Rückstellung, insbesondere mangels wirtschaftlicher Verpflichtung in der Vergangenheit, ausschied. Mit Urteil vom 6. Februar 2013 wurde vom BFH entschieden, dass für Kostenüberdeckungen, die in einer Kalkulationsperiode entstanden und in der folgenden Kalkulationsperiode durch entsprechende geminderte Entgelte auszugleichen sind, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden sind. Die Finanzverwaltung hat sich dem Urteil angeschlossen und das zu diesem Urteil im Widerspruch stehende BMF-Schreiben vom 28. November 2011 aufgehoben. Aus der nachträglichen steuerlichen Anerkennung dieser Aufwendungen ergeben sich für die Vorjahre Zinsforderungen gegenüber den Gemeinden von ca. 1.136 Tausend Euro, die als Zinserträge im Berichtsjahr das Finanzergebnis erhöhen.

Das Steuerergebnis vom Einkommen und Ertrag weist im Berichtsjahr einen Überschuss in Höhe von 290 Tausend Euro (Vorjahr: Überschuss 3.181 Tausend Euro) aus. Darin sind die Gewerbesteuererstattungen durch die Gesellschafter in Höhe von 8.568 Tausend Euro (Vorjahr: 8.209 Tausend Euro) enthalten.

## 3.2 FINANZLAGE

### 3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Durch Abschluss einer Cash-Pooling-Vereinbarung mit der GASAG vom 30. November/1. Dezember 2005 ist die NBB dem GASAG-Konzern-Cash-Pool angeschlossen. Im Rahmen dieser Vereinbarung steht der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 5.000 Tausend Euro zur Verfügung.

Der allgemeine Finanzierungsbedarf der NBB wird aus dem operativen Cashflow sowie der Inanspruchnahme des Cash-Pool-Kontokorrentkredits gedeckt. Zusätzlich steht der Gesellschaft für langfristige Finanzierungen unverändert ein durch die Gesellschafter gewährter Kreditrahmen in Höhe von 14.400 Tausend Euro (Vorjahr: 14.000 Tausend Euro) zur Verfügung. Weder der im Rahmen der Cash-Pooling-Vereinbarung bestehende Kontokorrentkredit noch der durch die Gesellschafter gewährte Kreditrahmen für langfristige Finanzierungen durch die Gesellschafter sind zum Bilanzstichtag in Anspruch genommen worden.

### 3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzt die NBB eine rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanung. Hierbei wird für die Liquiditätsplanung ein konzernweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring einer Liquiditätsentwicklung sicherstellt.

Die NBB war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Kapitalflussrechnung der NBB stellt sich wie folgt dar (siehe Tabelle Seite 44).

Der Finanzmittelfonds beinhaltet im Berichtsjahr die Forderungen aus dem Cash-Pooling mit der GASAG in Höhe von 2.873 Tausend Euro sowie 59.000 Tausend Euro liquide Mittel, die bei einem Kreditinstitut angelegt wurden.

Aufgrund des gestiegenen Jahresüberschusses sowie hoher Rückstellungszuführungen liegt der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit mit 44.546 Tausend Euro deutlich über dem Vorjahreswert von –5.697 Tausend Euro.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft die im Berichtsjahr vorgenommene Ausschüttung an die Gesellschafter.

## 3.3 VERMÖGENSLAGE

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar (siehe Tabelle unten).

Die Erhöhung des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in das neue Energiedatenmanagement, das unter den immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird. Des Weiteren wurden die Gesellschafterdarlehensrahmen an die KKI GmbH und die infrest GmbH erhöht und durch diese auch abgerufen, was zu Zugängen in den Finanzanlagen geführt hat.

**Die Vermögenslage der Gesellschaft**

| | 2013 | 2012 | VERÄNDERUNG | |
|---|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ | % |
| **Vermögen** | | | | |
| Anlagevermögen | 9.679 | 8.121 | 1.558 | 19,2 |
| Vorräte | 16.808 | 23.053 | –6.245 | –27,1 |
| Kurzfristige Forderungen und übrige Aktiva | 75.790 | 93.488 | –17.698 | –18,9 |
| Flüssige Mittel | 59.000 | 0 | 59.000 | >100 |
| | **161.277** | **124.662** | **36.615** | **29,4** |
| **Kapital** | | | | |
| Eigenkapital | 14.000 | 9.800 | 4.200 | 42,9 |
| Sonderposten | 45 | 399 | –354 | –88,7 |
| Langfristige Verbindlichkeiten und übrige Passiva | 75.894 | 54.475 | 21.419 | 39,3 |
| Kurzfristige Verbindlichkeiten | 71.338 | 59.988 | 11.350 | 18,9 |
| | **161.277** | **124.662** | **36.615** | **29,4** |

**Die Kapitalflussrechnung der NBB**

| | | 2013 in T€ | 2012 in T€ |
|---|---|---|---|
| | **Jahresergebnis vor Ertragsteuern** | 5.423 | 53 |
| +/– | Erhaltene/gezahlte Ertragsteuern | –22.753 | –3.882 |
| +/– | Abschreibungen/Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte | 1.235 | 1.201 |
| +/– | Zunahme/Abnahme der Rückstellungen | 39.898 | –22.074 |
| +/– | Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge | –21 | –54 |
| –/+ | Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 56 | 5 |
| –/+ | Zunahme/Abnahme der Vorräte | 6.245 | 1.090 |
| –/+ | Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | –6.104 | –3.407 |
| –/+ | Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 11.332 | 23.629 |
| –/+ | Zunahme/Abnahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 2.464 | 7.729 |
| +/– | Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | –2.283 | –644 |
| +/– | Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 310 | 528 |
| +/– | Zunahme/Abnahme anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind | 8.744 | –9.871 |
| = | **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** | **44.546** | **–5.697** |
| + | Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen | 333 | 59 |
| – | Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände | –829 | –1.407 |
| + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens | 7 | 334 |
| – | Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen | –144 | –534 |
| – | Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen | –1.920 | –2.333 |
| + | Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens | 269 | 8 |
| + | Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition | 0 | 1.250 |
| +/– | Einzahlungen/Auszahlungen aus Investitionszuschüssen Fremder | –332 | –13 |
| = | **Cashflow aus Investitionstätigkeit** | **–2.616** | **–2.636** |
| – | Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter | –3.192 | –12.701 |
| = | **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** | **–3.192** | **–12.701** |
| = | Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds | 38.738 | –21.034 |
| + | Finanzmittelfonds am Anfang des Jahres | 23.135 | 44.169 |
| = | Finanzmittelfonds am Ende des Jahres | 61.873 | 23.135 |

Die Vorräte und die kurzfristigen Vermögenswerte sind im Vergleich zum Vorjahr um 20,5 % auf 92.598 Tausend Euro gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der Forderungen aus dem Cash Pooling mit der GASAG. Ein Großteil der vorhandenen liquiden Mittel (59.000 Tausend Euro) wurde im Geschäftsjahr 2013 erstmalig bei Kreditinstituten angelegt. Das Cash Pooling mit der GASAG beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 2.873 Tausend Euro (Vorjahr: 23.135 Tausend Euro).

Die unfertigen Leistungen betragen zum Bilanzstichtag 32.194 Tausend Euro (Vorjahr: 32.308 Tausend Euro). Es handelt sich hierbei in erster Linie um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, welche noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden. Davon werden erhaltene Anzahlungen in Höhe von 15.386 Tausend Euro (Vorjahr: 9.255 Tausend Euro) aktivisch abgesetzt.

Die Erhöhung der langfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Passiva resultiert im Wesentlichen aus der Bildung der Regulierungskontorückstellung. Aufgrund der im Vergleich zum prognostizierten Temperaturverlauf kälteren Witterung und der daraus resultierenden Mehrmengen ergibt sich in allen drei Teilnetzen für das Geschäftsjahr 2013 eine Rückstellungszuführung (inklusive Zinsen) in Höhe von 14.803 Tausend Euro. Die Erlösobergrenze des Geschäftsjahres wurde um mehr als 5 % überschritten, sodass gemäß § 5 Abs. 3 ARegV die Netzentgelte vor Ende der Regulierungsperiode, im Jahr 2015, an den Markt zurückgegeben werden müssen.

Auf dem Regulierungskonto für das Brandenburger und das Berliner Netz bestehen zum Bilanzstichtag nicht bilanzierte Forderungen für Mindererlöse aus den Jahren 2009 und 2011 nach Abzug des für das Geschäftsjahr 2015 bereits mit den Rückstellungen 2013 verrechneten Anteils in Höhe von 6.901 Tausend Euro. Aufgrund der im Vergleich zum prognostizierten Temperaturverlauf wärmeren Witterung und der daraus resultierenden Mindermenge ergab sich in 2012 im Teilnetz Brandenburg eine Forderung in Höhe von 1.638 Tausend Euro, die in der dritten Regulierungsperiode erlöserhöhend angesetzt werden darf.

Des Weiteren sind die Zuschüsse gemäß Gasnetzentgeltverordnung um 5.589 Tausend Euro bzw. 16,2 % im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen bedingt durch die Zunahme der Hausanschlusszahlen angestiegen.

Die Zusammensetzung der Kapitalanteile der Gesellschaft hat sich aufgrund der Aufnahme der SpreeGas als neuer Kommanditistin leicht verändert. Die SpreeGas hält 3 % der Anteile. In gleicher Höhe wurden die Anteile der GASAG herabgesetzt.

Die GASAG hat im Berichtsjahr 4.200 Tausend Euro des Ergebnisses den Gewinnrücklagen zugeführt, sodass für die GASAG per 31. Dezember 2013 Gewinnrücklagen in Höhe von 11.600 Tausend Euro ausgewiesen werden. Die Gewinnrücklagen der EMB betragen unverändert 1.400 Tausend Euro.

Der Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Passiva resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Rückstellungen. Die Rückstellungen sind insbesondere aufgrund der Abgrenzung der Mehr-/Mindermengen in Höhe von 12.260 Tausend Euro, aufgrund größerer Abrechnungsrückstände von Dienstleistern im Baugeschäft um 5.253 Tausend Euro sowie aufgrund der Bildung einer Interessenausgleichsrückstellung in Höhe von 1.380 Tausend Euro angestiegen. Dagegen sind die Rückstellungen für drohende Rückzahlungsverpflichtungen im Wesentlichen bedingt durch Auflösungen um 842 Tausend Euro und die Rückstellung für Gewerbeertragsteuer um 4.572 Tausend Euro geringer als im Vorjahr.

Die Gewinnanteile der Gesellschafter EMB und SpreeGas werden für 2013 vollständig in den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen. Die Gewinnanteile der GASAG werden in Höhe von 4.200 Tausend Euro den Gewinnrücklagen zugeführt. Die verbleibenden 99 Tausend Euro sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern enthalten.

**Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage**

Im Geschäftsjahr 2013 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 5.713 Tausend Euro aus und liegt damit über dem im Vorjahr prognostizierten Jahresüberschuss. Diese Entwicklung ist im Wesentli-

chen bedingt durch die Gesamttransportmengen, die witterungsbedingt über dem in der Prognose angenommenen Normaljahr liegen. Insgesamt haben die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse um mehr als 5 % überschritten, was dazu führt, dass die NBB den übersteigenden Betrag im Jahr 2015 preismindernd ansetzen muss. Die sich daraus ergebenden Rückstellungszuführungen wurden mit den Forderungen der ersten Regulierungsperiode, die im Jahr 2015 preiserhöhend wirken würden, verrechnet (ca. 1,7 Mio. Euro).

Weiterhin haben Rückstellungsauflösungen und sonstige periodenfremde Erträge im Vergleich zur Prognose positiv auf das Jahresergebnis gewirkt.

# 4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

# 5. Chancenbericht

Die NBB bewegt sich in ihrem Kerngeschäft als Gasnetzbetreiber in einem durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) regulierten Markt, in dem sich Chancen lediglich innerhalb der von der Behörde vorgegebenen Rahmenbedingungen ergeben.

Die Grundlage für den Betrieb der Netze sind Konzessionsverträge, zivilrechtliche Wegenutzungsverträge, mit denen die Gemeinden Netzbetreibern die Verlegung und den Betrieb von örtlichen Strom- und Erdgasverteilnetzen in ihren Wegegrundstücken gestatten, § 46 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Bei den laufenden Konzessionsverfahren verfolgt die NBB im Wesentlichen das Ziel der Bestandssicherung.

Darüber hinaus können sich durch zusätzliche Netzbewirtschaftungen Effizienzsteigerungen im bestehenden Geschäft ergeben.

Des Weiteren wird durch den Wegfall der Ölpreisbindung im Gasverkauf und den sich daraus aktuell abzeichnenden Vorteil beim Gaspreis eine weitere Steigerung der Netzanschlusszahlen erwartet. Mit der damit einhergehenden Verdichtung der Netzanschlüsse im bestehenden Netz können sich die Strukturparameter für die Berechnung des Effizienzwertes verbessern.



# 6. Risikobericht

Im Rahmen ihrer geschäftlichen Aktivitäten ist die NBB einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Die (Früh-)Erkennung sowie angemessene Bewertung und Begrenzung von Risiken ist dementsprechend von besonderer Bedeutung für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolges. Zu diesem Zweck unterhält die NBB ein Risikomanagementsystem, das auch konzernspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt. Das zentral organisierte Konzernrisikomanagement steht dabei unterstützend zur Seite.

Wesentliche Bestandteile des Risikomanagementsystems sind das Planungssystem, das technische und kaufmännische Berichtswesen sowie eine regelmäßige und umfassende Risikoberichterstattung. Die angemessene Darstellung der Risikosituation der NBB erfolgt in Zusammenarbeit des Risikomanagers mit den Risikoverantwortlichen der Fachbereiche. Sie beinhaltet die regelmäßige Überprüfung bzw. Aktualisierung der Bewertung bereits erfasster Risiken sowie die Identifikation und Bewertung potenzieller Risiken. Besondere Bedeutung bei der Überprüfung haben die zur Risikominimierung entwickelten Maßnahmen und deren Umsetzungsgrad. Ein effizienter sowie gezielter Informationsfluss und klar geregelte Entscheidungskompetenzen stellen sicher, dass die Geschäftsführung regelmäßig alle notwendigen Informationen erhält, um bei sich abzeichnendem Handlungsbedarf zeitnah entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

Alle Prozesse des Risikomanagements werden durch eine intranetbasierte Datenbank unterstützt. Sie stellt eine transparente Kommunikation im Gesamtunternehmen sicher. Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen in Verbindung mit der Begrenzung von Zugriffsberechtigungen wird die Aufgabentrennung zwischen den Verantwortlichen sichergestellt.

Die Arbeits- und Prozessabläufe innerhalb des Risikomanagements sind eindeutig definiert und in Form einer unternehmensweit gültigen und jedem Mitarbeiter zugänglichen Organisationsrichtlinie geregelt. Im Rahmen von kontinuierlichen Verbesserungsprozessen wird das Risikomanagementsystem in Zusammenarbeit mit dem Qualitätsmanagement der NBB entsprechend internen und externen Anforderungen ständig überprüft und optimiert. Ziel der Verbesserung der Systeme und Prozesse ist die effiziente Überwachung der relevanten Risikofelder. Dabei steht die Überprüfung der Wirksamkeit der identifizierten Steuerungs- und Überwachungsinstrumente im Fokus.

Die NBB verfolgt eine konservative Risikopolitik, die sich am Marktumfeld und an den langfristigen Unternehmens- und Konzernzielen orientiert.

Im zweiten Halbjahr 2013 wurde die Wirksamkeit des bei der NBB implementierten Risikomanagementsystems im Auftrag der Geschäftsführung durch die Konzernrevision überprüft. Ziel der Prüfung war es, festzustellen, ob ein von der Geschäftsführung der NBB getragenes, gelebtes und dokumentiertes Risikomanagementsystem existiert und inwiefern ein regelmäßiges Reporting der Ergebnisse der Risikoanalysen in der NBB und gegenüber dem Stab Konzernrisikomanagement durchgeführt wird, um zum einen das Risikobewusstsein innerhalb der NBB zu erhöhen und zum anderen eine kontinuierliche Risikosteuerung zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit von negativen Ereignissen zu gewährleisten. Die Prüfung hat ergeben, dass in der NBB ein umfassendes und aktiv gelebtes Risikomanagement zur Identifikation, Bewertung und Steuerung bestehender Risiken durchgeführt wird.

Die Risikoeinschätzung beruht im Wesentlichen auf einem Unternehmenswertverlustansatz. Alle identifizierten Risiken werden neben der Einstufung als Ergebnis-, Eigenkapital- oder Liquiditätsrisiko zusätzlich mithilfe der Parameter Eintrittswahrscheinlichkeit sowie Zahlungs- und Imagewirkung klassifiziert. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich der Höhe nach wie folgt unterteilen:

| Beschreibung |
|---|
| Sehr geringe Eintrittswahrscheinlichkeit |
| Geringe Eintrittswahrscheinlichkeit |
| Mittlere Eintrittswahrscheinlichkeit |
| Hohe Eintrittswahrscheinlichkeit |
| Sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit |

Dabei steht „sehr gering" für eine kaum messbare Eintrittswahrscheinlichkeit, während bei „sehr hoch" mit überwiegender Wahrscheinlichkeit vom Eintritt des Risikos ausgegangen werden muss.

Die Auswirkung auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird mit einer Einstufung des Schadenspotenzials wie folgt vorgenommen:

| Einstufung | Beschreibung der Wertgrenzen |
|---|---|
| Unwesentlich | Unerhebliche, nicht messbare negative Auswirkung |
| Gering | Begrenzte negative Auswirkung |
| Spürbar | Moderate negative Auswirkung ohne dauerhafte Beeinträchtigung |
| Erheblich | Hohe und potenziell dauerhafte Beeinträchtigung |
| Akut gefährdend | Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Beeinträchtigung |

Wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen haben Einfluss auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und Ertragslage sowie die Cashflows. Im Folgenden sind die Risikofelder beschrieben, welche die Geschäftsentwicklung der NBB maßgeblich beeinflussen können:

**Umfeld- und Marktrisiken**

Als unternehmerisches Kernrisiko gelten die Transportmengenrisiken, die sich witterungsbedingt bzw. aufgrund von verändertem Endkundenverhalten ergebnisbeeinträchtigend auswirken können. Durch eine kontinuierliche Verbesserung der Datenqualität im gaswirtschaftlichen Berichtswesen und eine daraus folgend verbesserte Prognosebasis konnten temperaturbedingte Entwicklungen auch in 2013 frühzeitig erkannt werden. Das Transportmengenrisiko wird mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit und einem über einen mittelfristigen Zeitraum geringen Schadenspotenzial eingestuft.

**Konzessionsrisiken**

Aktuell laufen in den Netzgebieten der NBB Verfahren zur Neuvergabe von Konzessionen. Das Risikopotenzial, das sich mittelfristig aus dem Auslaufen von Konzessionsverträgen ergeben könnte, wurde im Risikoportfolio der NBB berücksichtigt. Dies ermöglicht die frühzeitige aktive Steuerung von Gegenmaßnahmen. Dazu gehört aktuell unter anderem die Umsetzung von Vertriebsstrategien zur Sicherung, aber auch zur Neugewinnung von Konzessionen im Netzgebiet Berlin-Brandenburg. Auf diese Weise wird nicht nur die Risikowirkung reduziert, sondern kann auch gleichzeitig Chancenpotenzial generiert werden.

Der für die NBB wesentliche Konzessionsvertrag zwischen der GASAG und dem Land Berlin endete regulär am 31. Dezember 2013. Die NBB hat gemeinsam mit der GASAG fristgerecht am 16. April 2012 ihr Interesse am Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages gegenüber dem Land Berlin bekundet. Mit dem ersten Verfahrensbrief des Landes Berlin vom 10. Dezember 2012 wurden NBB und GASAG gemeinsam aufgefordert, ihre Kompetenz, ihre technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ihre Zuverlässigkeit und damit ihre grundsätzliche Eignung nachzuweisen. Die Eignungsnachweise sind zum 21. Januar 2013 abgegeben worden. Im April 2013 wurden die Bewerber mit dem zweiten Verfahrensbrief aufgefordert, einen allgemeinen, konzeptionellen und vertraglichen Teil abzugeben. Die unverbindlichen Angebote der NBB für die reine Neukonzessionierung sowie der GASAG und der NBB für eine mögliche Kooperation wurden fristgerecht am 7. Juni 2013 abgegeben. Der dritte Verfahrensbrief ist Anfang Februar 2014 eingetroffen. In diesem hat das Land Berlin die Bewerber zur Abgabe eines verbindlichen Angebots aufgefordert. Die Vergabeentscheidung wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 fallen.

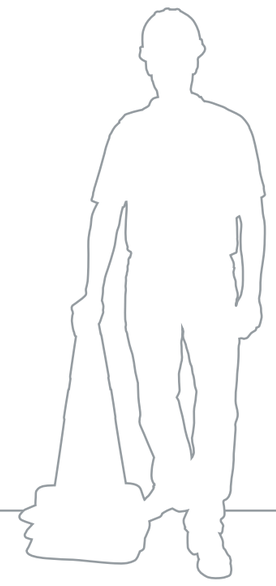
Die NBB beteiligt sich aktiv an den Bewerbungsverfahren in Berlin und Brandenburg und erwartet mit einer hohen Wahrscheinlichkeit den Erhalt der Konzessionen. Dies beruht auf dem jederzeit zuverlässigen, sicheren und effizienten Netzbetrieb der NBB sowie auf den umfangreichen Aktivitäten im GASAG-Konzern im Bereich des Klima- und Umweltschutzes als auch auf der Position als verlässlicher Kooperationspartner des Landes Berlin und der Kommunen in Brandenburg mit der entsprechenden Kompetenz zur Umsetzung energiepolitischer Projekte und der Klimaschutzziele. Dabei berücksichtigt die NBB die Anforderungen des Landes Berlin sowie der Brandenburger Kommunen und stellt sich der lebhaften und im politischen Raum auch kontrovers geführten Diskussion über verschiedene Beteiligungs- und Kooperationsmodelle an Energieinfrastrukturen.

Verliert der GASAG-Konzern die Berliner Konzession und damit die NBB das größte bewirtschaftete Netz, besteht für die NBB das Risiko, erhebliche Effizienzverluste in Bereichen zu erleiden, in denen heute Ressourcen überwiegend für das Berliner und gleichzeitig für andere von der NBB bewirtschaftete Netze eingesetzt werden. Den nach einem Konzessionsverlust unverändert gebundenen Ressourcen, die bisher ausschließlich dem Betrieb des Berliner Netzes dienten, stünden keine Einnahmen mehr gegenüber. Eine Anpassung dieser Ressourcen an den benötigten Umfang würde die Ertragslage der NBB vorübergehend stark belasten, und eine dauerhafte Beeinträchtigung der Ertragslage aufgrund nicht abbaubarer Ineffizienzen wäre wahrscheinlich. Damit stellt der Verlust der Berliner Konzession in Bezug auf das Schadenspotenzial ein akut gefährdendes Risiko mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit dar.

Der Verlust von Konzessionen außerhalb Berlins stellt im Vergleich ein geringeres Risiko dar.

**Betriebsrisiken**

Die laufende Instandhaltung und Überwachung auf der Grundlage technischer Regelwerke und betriebsinterner Konzepte sowie die kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der technischen Anlagen gewährleisten einen hohen technologischen Sicherheitsstandard, wodurch die Eintrittswahrscheinlichkeit von Störungen erheblich reduziert wird. Auf der Grundlage eines integrierten Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsmanagements erfolgen regelmäßige externe und interne Qualifizierungen und Schulungen der Mitarbeiter und Dienstleister. Die Zuverlässigkeit aller Arbeitsabläufe, das hohe Maß an technischer Sicherheit sowie die ordnungsgemäße Umsetzung aller Standards auf hohem Niveau wurden der NBB durch die DVGW CERT GmbH und die TSM-Prüfstelle im Oktober 2013 im Rahmen eines Überwachungsaudits für das Zertifikat zum Nachweis des integrierten Managementsystems mit den Bestandteilen Qualitäts-,



Sicherheits- und Umweltmanagement erneut bestätigt. Im Zuge des ersten Überwachungsaudits konnte auch das Regionalcenter Süd in Cottbus die normenkonforme Anwendung der Managementsysteme der NBB nachweisen.

Aus den unvermeidlichen Restrisiken im Zusammenhang mit dem Betrieb der Netzinfrastrukturen ergibt sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ein erhebliches Risiko bei einer insgesamt sehr geringen bis geringen Eintrittswahrscheinlichkeit. Die möglichen Risiken existieren innerhalb der verschiedenen Prozesse unabhängig voneinander und werden im Hinblick auf Sach- und Personenschäden durch einen angemessenen Versicherungsschutz abgesichert, der auf der Basis eines dem Risikopotenzial der NBB entsprechenden Haftpflichtversicherungskonzepts gebildet wird.

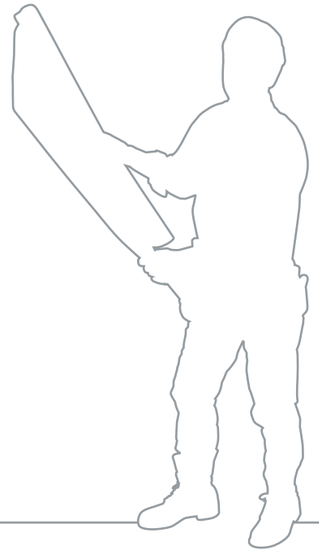
Die NBB setzt zum Betrieb und zur Steuerung der Netzinfrastrukturen komplexe Informations- und Kommunikationstechnologien ein. Es besteht daher grundsätzlich ein Risiko im Zusammenhang mit dem Ausfall von IT-Systemen mit der Folge vorübergehender Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit. Die Optimierung und Aufrechterhaltung der IT-Systeme wird durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Experten sowie durch diverse technologische Sicherungsmaßnahmen gewährleistet. Sich darüber hinaus ergebende Risiken aus unberechtigtem Datenzugriff, Datenmissbrauch und Datenverlust werden mit technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen begrenzt. In Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial ergibt sich hieraus ein spürbares Risiko bei einer insgesamt geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Durch den zunehmenden Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit der demografischen Entwicklung, verschärfte Rahmenbedingungen in der Energiebranche sowie durch interne Veränderungsprozesse entsteht für die NBB das Risiko, nicht in ausreichendem Maß über Mitarbeiter mit den erforderlichen Qualifikationen und Kompetenzen zu verfügen oder wichtige Leistungsträger zu verlieren, wenn diese in der Phase des Umbaus keine Perspektive für sich sehen. Der Verlust von Schlüsselpersonen stellt in Bezug auf das Schadenspotenzial ein unwesentliches Risiko mit einer mittleren bis hohen Eintrittswahrscheinlichkeit dar. Mit internen Personalentwicklungsmaßnahmen sowie der Positionierung des Unternehmens als attraktiver Arbeitgeber soll diesem Risiko entgegengewirkt werden.

Die NBB zahlt im Rahmen ihrer Pflichtversicherung zur zusätzlichen Altersvorsorge von Arbeitnehmern an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ein Sanierungsgeld. Dabei kommt für die NBB aktuell die sogenannte Härtefallregelung zum Tragen. Sofern die Härtefallregelung zukünftig keine Anwendung finden sollte, müsste die NBB für Zahlungsverpflichtungen einen Betrag über dem derzeit gebildeten Rückstellungsvolumen zahlen. Daraus ergibt sich in Bezug auf das Schadenspotenzial ein akut gefährdendes Risiko mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

**Risikomanagementziele und -methoden in Bezug auf Finanzinstrumente**

Zu den wichtigsten Finanzinstrumenten der NBB gehören flüssige Mittel, auch aus Forderungen gegen Kreditinstitute, sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen insbesondere gegenüber verbundenen Unternehmen. Der Hauptzweck dieser Finanzinstrumente besteht in der Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Kredite werden derzeit nicht in Anspruch genommen.



Der kurzfristige Finanzbedarf des Unternehmens wird durch einen vertraglich vereinbarten Clearingrahmen mit der GASAG gedeckt. Dazu wird innerhalb des GASAG-Konzerns ein zentrales Cash Pooling durchgeführt. Es dient der Optimierung der Liquiditätssteuerung der Konzernunternehmen sowie der kurzfristigen Refinanzierung durch Nutzung der Innenfinanzierungskraft der beteiligten Unternehmen.

Die NBB betreibt keinen Handel mit Finanzinstrumenten. Ein Einsatz von Finanzderivaten ist nicht erforderlich. Ausfallrisiken bestehen gegenüber der GASAG sowie aus der Anlage liquider Mittel bei Kreditinstituten, wobei bei der externen Geldanlage die Konzernvorgaben zur Mindestbonität der Geschäftspartner berücksichtigt werden.

Im Rahmen gesetzlicher Anforderungen an die Insolvenzsicherung von Altersteilzeitguthaben wurden Finanzmittel zur treuhänderischen Verwaltung an den GASAG Treuhand e. V. übertragen. Auf Basis der Satzung des GASAG Treuhand e. V. und eines bilateralen Treuhandvertrages mit der NBB werden die Gelder mündelsicher angelegt.

**Ausfallrisiko**

Die Forderungen der NBB sind unbesichert. Der Ausfall von Forderungen wird durch einen systematischen Risikomanagementprozess auf Basis der Konzernrichtlinien des GASAG-Konzerns begrenzt und ist dementsprechend in Bezug auf das Schadenspotenzial und die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering zu bewerten. Ein besonderes Ausfallrisiko über den normalen Geschäftsverkehr hinaus besteht derzeit nicht.

Für Händlerforderungen wurde darüber hinaus ein Bonitätsprüfungsprozess entsprechend der Kooperationsvereinbarung V unter Beachtung des zugehörigen Leitfadens zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen installiert. Auf diese Weise stellt die NBB sicher, dass mögliche Forderungsausfälle minimiert werden. Da ab dem 1. Januar 2013 nur eine bedingte Berücksichtigung von Forderungsausfällen im Rahmen der Kostenprüfung möglich ist und Ausfälle somit nicht mehr über das Regulierungskonto abgewickelt werden können, bleibt ein spürbares Restrisiko mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit bestehen.

Die Insolvenzordnung (InsO) gibt dem Insolvenzverwalter die Möglichkeit, für die Insolvenzmasse nachteilige Handlungen des Schuldners anzufechten. Auf diese Weise können die Folgen einer Verschiebung von Vermögensteilen zulasten einzelner oder aller Gläubiger rückgängig gemacht werden, um eine gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger zu gewährleisten. Das sich hieraus ergebende Risiko, dass im Insolvenzverfahren Zahlungen, die ein Unternehmen geleistet hat, von den Empfängern zurückverlangt werden, ist nicht einschätzbar. Im Zusammenhang mit der Insolvenzordnung sind über die bereits gebildeten Rückstellungen hinaus zum jetzigen Zeitpunkt keine Risiken erkennbar.

Weitere wesentliche Bestandteile zur Vermeidung von Klumpenrisiken sind ein konzernweiter Überwachungsprozess sowie eine konzernweit einheitliche Risikoberichterstattung.

**Sonstige Risiken**

Aus Betriebs- und Organisationsrisiken, insbesondere bedingt durch Verlustgefahren infolge von Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern und Systemen sowie infolge externer Ereignisse, ergeben sich in Bezug auf das aggregierte Schadenspotenzial unwesentliche Risiken bei insgesamt geringer Eintrittswahrscheinlichkeit. Diesen Risiken wird mit organisatorischen Maßnahmen wie internen Richtlinien, Genehmigungs- und Kontrollprozessen, der kontinuierlichen Durchführung von Revisionen und der Kontrollen im Rahmen der Abschlussprüfungen begegnet.

**Gesamtrisiko**
Zum Jahresende 2013 liegen auf Basis der Unternehmensplanung bewertete Risikoinventare für den mittelfristigen Planungshorizont mit Schadenspotenzialen und Eintrittswahrscheinlichkeiten sowie eine Einschätzung der Liquiditäts- und Imagewirkung vor.

Von den dargestellten Risiken kann sich insbesondere aus dem laufenden Konzessionsvergabeverfahren in Berlin eine wesentliche, auch dauerhafte Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der NBB ergeben. Die NBB geht davon aus, dieses Risiko mit zielgerichteten Maßnahmen beherrschen zu können.

# 7. Prognosebericht

Die NBB geht für das Jahr 2014 von zunächst moderat sinkenden Umsatzerlösen aus Netzentgelten im Teilnetz Berlin sowie von nahezu gleichbleibenden Umsatzerlösen aus Netzentgelten in den Teilnetzen Brandenburg und Spree-Niederlausitz aus. Diese resultieren aus der geplanten Entwicklung der Erlösobergrenze einschließlich vorgelagerter Netzkosten in der im Jahr 2013 begonnenen zweiten Regulierungsperiode (Basis Netzkosten 2010). Unter der Annahme eines ab dem Jahr 2014 gegenüber 2013 wieder normalen Witterungsverlaufs, der Folgen des Energieträgerwettbewerbs und bekannter sowie weiterer möglicher Konzessionsverluste im Land Brandenburg in den Geschäftsjahren 2014 und 2015 werden zudem sinkende Transportmengen erwartet, die sich im Jahr 2014 auf rund – 5 % gegenüber 2013 und in den Folgejahren auf jeweils rund – 1 % gegenüber Vorjahr belaufen. Die Überschreitung der Erlösobergrenze im Jahr 2013 um mehr als 5 % wurde im abgeschlossenen Jahr mit einer anteiligen Forderung aus Minderentgelten für das Jahr 2015 verrechnet. Die Berücksichtigung der Mehrentgelte 2013 in den Marktpreisen im Jahr 2015 wirkt sich aufgrund der gleichzeitigen Inanspruchnahme einer Rückstellung aber nur moderat in Höhe von rund – 2 Mio. Euro auf die Entwicklung der Umsatzerlöse aus Netzentgelten im Jahr 2015 aus. Im Ergebnis reduzieren sich die geplanten Netznutzungsentgelte im Jahr 2014 geringfügig um 1,6 Mio. Euro, während diese in 2015 um 3,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr sinken.

Die Ergebnisentwicklung in den Folgejahren gegenüber dem Jahr 2013 wird zum einen durch ergebniswirksame Einmaleffekte des Jahres 2013 beeinflusst. Hierzu gehören beispielsweise Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro sowie die Verrechnung von anteiligen Forderungen aus Minderentgelten in Höhe von rund 1,7 Mio. Euro. Zum anderen wirken auf die Ergebnisentwicklung die geplante Entwicklung der Netzentgelte und Kostenstrukturen, die Preisentwicklungen im Baugeschäft sowie zusätzliche Anforderungen im Zusammenhang mit der Konzession im Teilnetz Berlin ab dem Jahr 2014, aber auch zukünftig erwartete Einmaleffekte aus größeren Bauprojekten in den Jahren 2014 und 2015 sowie weitere geplante Maßnahmen zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung im Rahmen des Effizienzsteigerungsprogramms „Fokus“ der GASAG-Gruppe auf die Ergebnisentwicklung. Insgesamt wird für das Jahr 2014 mit einem leicht positiven Jahresergebnis geplant.

Zu den Maßnahmen zur Effizienzsteigerung über die Sachkostenoptimierung hinaus zählen auch die geplanten Personalausgliederungen im Regionalcenter Forst (Lausitz) im Jahr 2014 sowie die Ergebnisse der im Jahr 2012 beschlossenen und im Jahr 2013 umgesetzten Altersteilzeitmaßnahmen. Darüber hinaus wird bei der Implementierung weiterer Regionalzentren eine positive Kostenentwicklung durch Nutzung von Synergieeffekten erwartet. Die Zielsetzung der kundenfreundlichen, transparenten sowie wettbewerbsfähigen Gestaltung der Geschäftsprozesse wird konsequent weiterverfolgt.

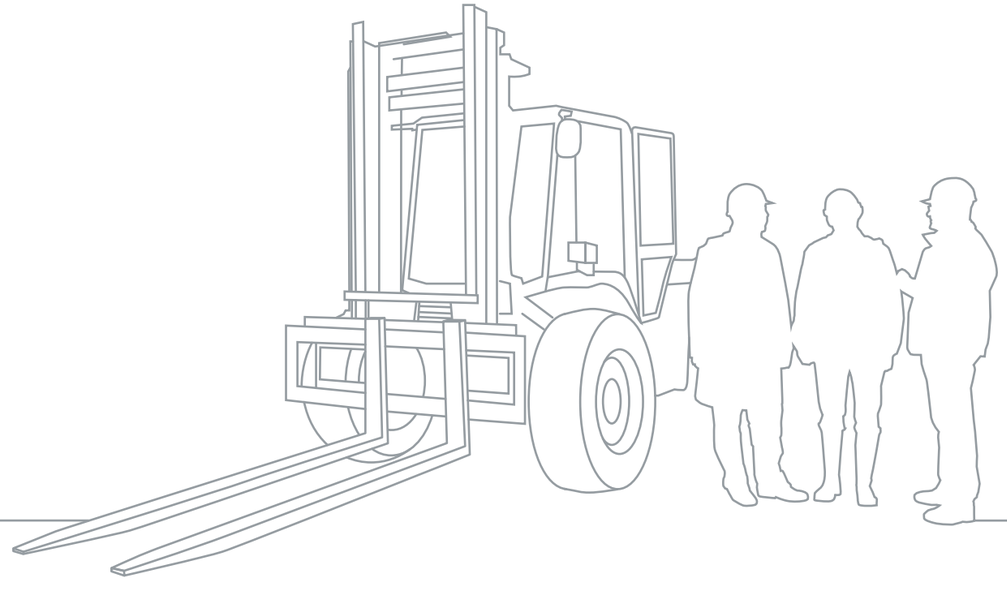
Die Sicherung der Werterhaltung des Netzgeschäftes wurde durch die bereits im Jahr 2012 begonnene und im Berichtsjahr 2013 fortgesetzte Bewerbung für die Konzession Berlin gestützt. Wir gehen davon aus, dass das Bewerbungsverfahren im Jahr 2014 für uns positiv abgeschlossen wird. Im Erfolgsfall könnten sich Sonderaufwendungen zur Umsetzung von Angebotsoptionen aus der Konzessionsbewerbung heraus ergeben, die das Ergebnis der NBB im Jahr 2014 negativ beeinflussen würden. Daraus würde abweichend zu dem geplanten leicht positiven Jahresergebnis ein Fehlbetrag folgen, dessen Höhe derzeit nicht genau bestimmbar ist.

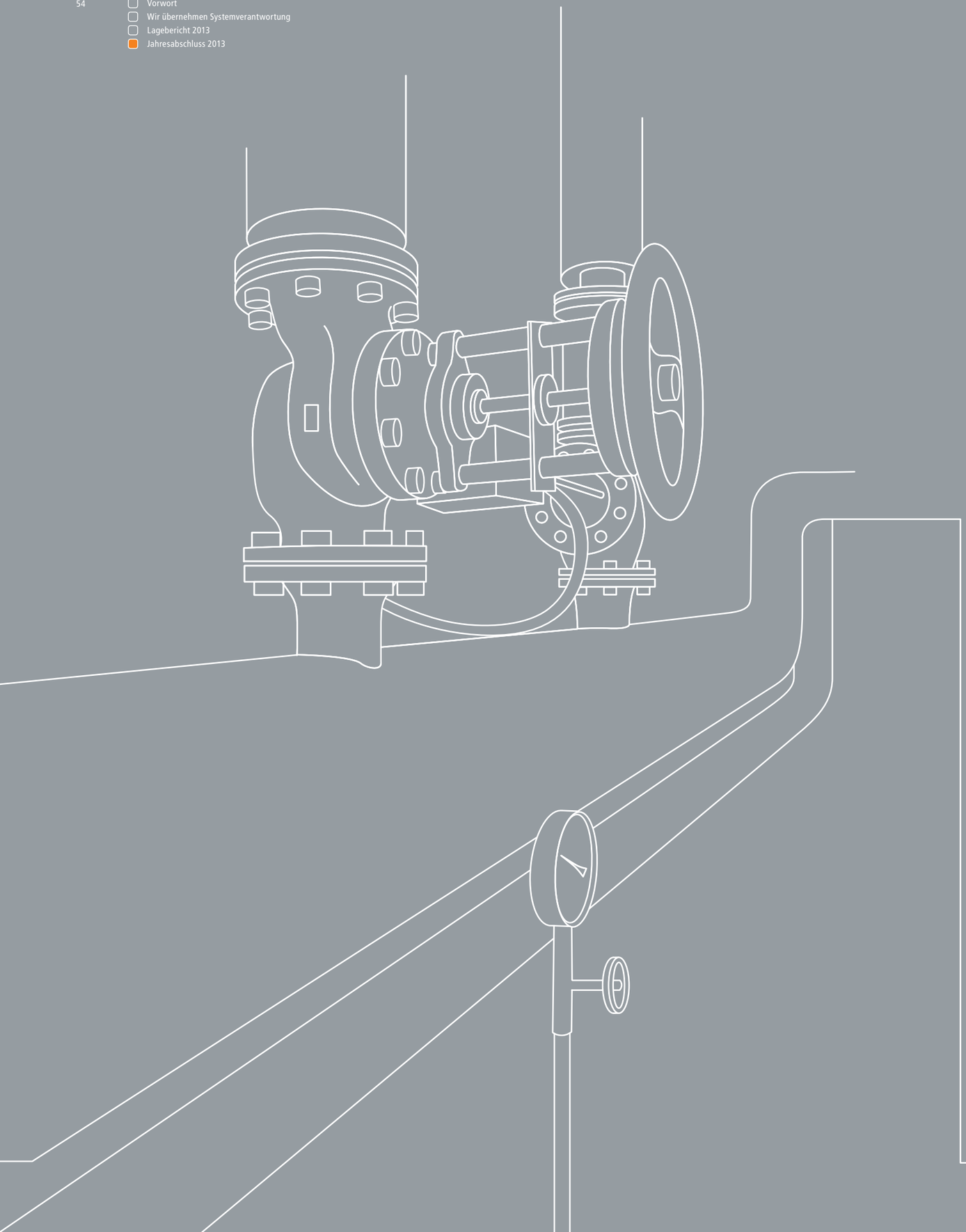
Der weitere Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts, insbesondere in den Tochterunternehmen der NBB, und die damit einhergehende Generierung entsprechender positiver Ergebnisbeiträge stehen nach einer weiteren Stabilisierung im Jahr 2014 für die folgenden Geschäftsjahre auch in Zukunft im Fokus der NBB.

Berlin, 3. April 2014

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg
mbH & Co. KG

Ulf Altmann  Frank Behrend







# Jahresabschluss 2013

BILANZ 56

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 57

ANLAGENSPIEGEL 58

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013 60

TÄTIGKEITSABSCHLÜSSE 73

BESTÄTIGUNGSVERMERK 80

# Bilanz

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum 31.12.2013

| AKTIVA | 31.12.2013 | 31.12.2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| A. Anlagevermögen | | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 3.739 | 3.371 |
| II. Sachanlagen | 1.921 | 2.381 |
| III. Finanzanlagen | 4.019 | 2.369 |
| | **9.679** | **8.121** |
| B. Umlaufvermögen | | |
| I. Vorräte | 16.808 | 23.053 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 75.565 | 90.895 |
| III. Guthaben bei Kreditinstituten | 59.000 | 0 |
| | **151.373** | **113.948** |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 225 | 484 |
| D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 0 | 2.109 |
| | **161.277** | **124.662** |

| PASSIVA | 31.12.2013 | 31.12.2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| A. Eigenkapital | | |
| I. Kapitalanteile der Kommanditisten | 1.000 | 1.000 |
| II. Gewinnrücklagen | 13.000 | 8.800 |
| | **14.000** | **9.800** |
| B. Sonderposten | 45 | 399 |
| C. Rückstellungen | 93.110 | 57.217 |
| D. Verbindlichkeiten | 11.001 | 20.149 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 43.121 | 37.097 |
| | **161.277** | **124.662** |



# Gewinn- und Verlustrechnung

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2013

| | 01.01.–31.12.2013 | 01.01.–31.12.2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| 1. Umsatzerlöse | 368.548 | 338.434 |
| 2. Bestandsveränderung | –114 | 8.165 |
| 3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 585 | 284 |
| 4. Sonstige betriebliche Erträge | 15.627 | 7.243 |
| 5. Materialaufwand | 324.064 | 292.841 |
| 6. Personalaufwand | 26.362 | 24.675 |
| 7. Abschreibungen | 1.235 | 1.201 |
| 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 27.053 | 33.455 |
| 9. Finanzergebnis | –479 | –1.882 |
| **10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** | **5.453** | **72** |
| 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | –290 | –3.181 |
| 12. Sonstige Steuern | 30 | 19 |
| **13. Jahresüberschuss** | **5.713** | **3.234** |
| 14. Einstellung in die Gewinnrücklagen | –4.200 | 0 |
| 15. Gutschrift auf Gesellschafterkonten | –1.513 | –3.234 |
| | **0** | **0** |

# Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
für die Zeit vom 1.1.2013 bis 31.12.2013

*U) davon Umgliederung aus den kurzfristigen Forderungen*

| POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS | ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN | | | | | ABSCHREIBUNGEN | | | | RESTBUCHWERTE | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anfangs-stand T€ | Zugänge T€ | Abgänge T€ | Um-buchungen T€ | Endstand T€ | Anfangs-stand T€ | Abschreibungen im Geschäftsjahr T€ | angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 4 T€ | Endstand T€ | am 31.12.2013 T€ | am Ende des vor-angegangenen Geschäftsjahres T€ |
| Spalte 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| **I. Immaterielle Vermögensgegenstände** | | | | | | | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | 2.367 | 149 | 436 | + 36 | 2.116 | 958 | 488 | 65 | 1.381 | 735 | 1.409 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 1.962 | 1.077 | 0 | ./. 35 | 3.004 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3.004 | 1.962 |
| | **4.329** | **1.226** | **436** | + 36<br>./. 35 | **5.120** | **958** | **488** | **65** | **1.381** | **3.739** | **3.371** |
| **II. Sachanlagen** | | | | | | | | | | | |
| 1. Mietereinbauten | 1.234 | 0 | 0 | 0 | 1.234 | 360 | 164 | 0 | 524 | 710 | 874 |
| 2. Verteilungsanlagen | 69 | 33 | 0 | + 19 | 121 | 6 | 31 | 0 | 37 | 84 | 63 |
| 3. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.996 | 273 | 132 | 0 | 3.137 | 1.575 | 552 | 107 | 2.020 | 1.117 | 1.421 |
| 4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 23 | 7 | 0 | ./. 20 | 10 | 0 | 0 | 0 | 0 | 10 | 23 |
| | **4.322** | **313** | **132** | + 19<br>./. 20 | **4.502** | **1.941** | **747** | **107** | **2.581** | **1.921** | **2.381** |
| **III. Finanzanlagen** | | | | | | | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 36 | 134 | 0 | 0 | 170 | 0 | 0 | 0 | 0 | 170 | 36 |
| 2. Ausleihungen an verb. Unternehmen | 2.333 | 1.372 | 269 | 0 | 3.436 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3.436 | 2.333 |
| 3. Sonstige Ausleihungen | 0 | 0 | 0 | + 413<br>U) 413 | 413 | 0 | 0 | 0 | 0 | 413 | 0 |
| | **2.369** | **1.506** | **269** | + 413<br>./. 0 | **4.019** | **0** | **0** | **0** | **0** | **4.019** | **2.369** |
| | **11.020** | **3.045** | **837** | + 468<br>./. 55 | **13.641** | **2.899** | **1.235** | **172** | **3.962** | **9.679** | **8.121** |

# Anhang für das Geschäftsjahr 2013

## VORBEMERKUNGEN

Gegenstand der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG (nachfolgend NBB genannt) sind der Betrieb eigener und fremder technischer Leitungsnetze zur Versorgung, die Erbringung aller mit den vorbezeichneten Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen und die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Gegenstand der NBB ist auch die Vermarktung der Netznutzung zu Transportzwecken, die Übernahme der Betriebsführung für Netze Dritter sowie die technische und kaufmännische Beratung und Unterstützung von Netzbetreibern und -eigentümern sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich der Mitarbeiterüberlassung.

An der NBB sind die GASAG Berliner Gaswerke AG, Berlin (nachfolgend GASAG genannt), die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam (nachfolgend EMB genannt), und die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus (nachfolgend SpreeGas genannt), als Kommanditistinnen beteiligt.

Mit Vertrag vom 19. Dezember 2012 hat die GASAG mit Wirkung zum 1. Januar 2013 einen Anteil ihrer Beteiligung an der NBB in Höhe von 30 Tausend Euro an die SpreeGas verkauft. Die Eintragung der SpreeGas als Kommanditistin der NBB in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam erfolgte am 30. Januar 2013.

Persönlich haftende Gesellschafterin der NBB ist die Komplementärin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin, mit einem gezeichneten Kapital von 25 Tausend Euro. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt und verpflichtet. Die Komplementärin erbringt keine Einlage und ist am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.

## BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes und des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Gemäß § 264a HGB gelten die Vorschriften für Kommanditgesellschaften entsprechend. Die NBB ist gemäß § 267 HGB eine große Gesellschaft. Für die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Darstellung nach dem Gesamtkostenverfahren gewählt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind alle mit arabischen Zahlen versehenen Posten der Bilanz sowie Unterposten der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Sie werden im Anhang gesondert aufgegliedert und erläutert. Aus dem gleichen Grund wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke ebenfalls an dieser Stelle gemacht.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren im Wesentlichen unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend:

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge zum beweglichen Anlagevermögen werden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. direkt als Aufwand erfasst. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro wird das steuerliche Sammelpostenverfahren aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewandt. Der Sammelposten wird jeweils mit 20 % im Jahr des Zugangs und in den vier darauf folgenden Jahren abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen werden Anteilsrechte zu Anschaffungskosten und die Ausleihungen zum Nennwert angesetzt. Liegt eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vor, so werden die Finanzanlagen gemäß § 253 Abs. 3 HGB ggf. außerplanmäßig abgeschrieben. Stellt sich heraus, dass die Gründe für die in den Vorjahren getätigten außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, so wird eine Wertaufholung gemäß § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Bei der NBB besteht zweckgebundenes und dem Gläubigerzugriff entzogenes Vermögen für die Verpflichtungen der Altersteilzeitregelung, welches mit seinem beizulegenden Zeitwert bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB mit den Altersteilzeitverpflichtungen saldiert ausgewiesen wird. Ergibt sich ein aktivischer Überhang, wird der Betrag unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag angesetzt. Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalzinsen und Kosten der allgemeinen Verwaltung wurden nicht aktiviert. Erkennbare Risiken werden gemäß § 253 Abs. 4 Satz 2 HGB berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten angesetzt. Für erkennbare Einzelrisiken werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Abweichend vom Vorjahr werden Einzelrisiken bei Transportkundenforderungen anhand eines neu implementierten Monitoringverfahrens erkannt und gegebenenfalls einzelwertberichtigt. Forderungen werden ausgebucht, sobald sie uneinbringlich sind. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko bei sonstigen Forderungen wird durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % der Nettoforderungen gegen Dritte Rechnung getragen. Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht abgerechnete Netzentgelte ist auf der Basis eines IT-gestützten Individualverfahrens durchgeführt worden.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die Verpflichtungen aus der Altersteilzeitregelung werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bewertet. Den Berechnungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden zu erwartende Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 1 % sowie die Sterbetafeln Heubeck (2005) und ein Zinssatz von 4,88 % (Vorjahr: 5,04 %) zugrunde gelegt. Bei den Berechnungen der Altersteilzeitverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 3,93 % (Vorjahr: 4,22 %) berücksichtigt. Aus der Anpassung der Zinssätze ergibt sich nur eine unwesentliche Erhöhung der Verpflichtungen.

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist eine Rückstellung für einen Teil der mittelbaren Verpflichtungen (Deckungslücke) gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) enthalten. Bei der Ermittlung der Rückstellung waren die zu zahlenden Sanierungsgelder maßgeblich. Für die Rückstellungsbewertung für das Jahr 2013 wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Für die Bewertung ab 2014 wurde bei der Bewertung weiterhin von der Anerkennung des Härtefalls ausgegangen. Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 4,54 % (Vorjahr: 4,74 %) bilanziert. Aus der Anpassung des Zinssatzes ergibt sich eine Erhöhung der Rückstellung um 114 Tausend Euro.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und

ungewissen Verbindlichkeiten nach § 249 Abs. 1 HGB. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) gebildet worden. In 2013 gebildete Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst worden.

Die angewandten Zinssätze basieren auf den Abzinsungszinssätzen der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die Verbindlichkeiten sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet ausgewiesen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

# Erläuterungen zur Bilanz

## ANLAGEVERMÖGEN

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die NBB ist mit 67,36 % am Stammkapital der infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin (nachfolgend infrest genannt), beteiligt. Das Stammkapital der infrest beträgt 25 Tausend Euro. In 2013 wurde aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom 5. Dezember 2013 eine Einlage in Höhe von 200 Tausend Euro in die Kapitalrücklage der infrest gemäß § 272 Abs. 2 beschlossen. Die Zahlung für den Anteil der NBB in Höhe von 134 Tausend Euro wurde in 2013 geleistet. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages der infrest in Höhe von 175 Tausend Euro und eines Verlustvortrages in Höhe von 399 Tausend Euro ergibt sich zum 31. Dezember 2013 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 349 Tausend Euro.

Die NBB ist mit 74,9 % am Stammkapital der KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin (nachfolgend KKI genannt), beteiligt. Das Stammkapital der KKI beträgt 25 Tausend Euro. Unter Berücksichtigung des Jahresfehlbetrages der KKI in Höhe von 1.073 Tausend Euro und eines Verlustvortrages in Höhe von 2.252 Tausend Euro ergibt sich zum 31. Dezember 2013 ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 3.300 Tausend Euro.

In den Finanzanlagen werden Ausleihungen gegenüber der infrest in Höhe von 661 Tausend Euro (Vorjahr: 458 Tausend Euro) und der KKI in Höhe von 2.775 Tausend Euro (Vorjahr: 1.875 Tausend Euro) ausgewiesen.

Abweichend zum Vorjahr werden in den sonstigen Ausleihungen langfristig geleistete Mietkautionen in Höhe von 413 Tausend Euro ausgewiesen, welche im Vorjahr unter den sonstigen Vermögensgegenständen bilanziert wurden.

## VORRÄTE

| | 31.12.2013 | 31.12.2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Unfertige Leistungen | 32.194 | 32.308 |
| Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte | –15.386 | –9.255 |
| | **16.808** | **23.053** |

Bei den unfertigen Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Netzausbau, die noch nicht an die Verpächter abgerechnet wurden.

## FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

| | 31.12.2013 | | 31.12.2012 | |
|---|---|---|---|---|
| | INSGESAMT | RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR | INSGESAMT | RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR |
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 20.278 | 20.278 | 14.174 | 14.174 |
| Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 52.421 | 52.421 | 75.447 | 75.447 |
| *(davon aus Lieferungen und Leistungen)* | *(35.020)* | *(35.020)* | *(28.952)* | *(28.952)* |
| *(davon gegen Gesellschafter)* | *(51.285)* | *(51.285)* | *(73.618)* | *(73.618)* |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 2.866 | 2.866 | 1.274 | 1.274 |
| | **75.565** | **75.565** | **90.895** | **90.895** |

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten überwiegend Forderungen aus Mehr- und Mindermengenabrechnungen, Netzentgelte und Gewerbesteuererstattungsansprüche gegen die Gesellschafter sowie Kontenclearingguthaben.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuerforderungen in Höhe von 1.825 Tausend Euro (Vorjahr: 138 Tausend Euro) sowie debitorische Kreditoren in Höhe von 728 Tausend Euro (Vorjahr: 501 Tausend Euro) enthalten.

## AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

Das Deckungskapital zur Sicherung der Altersteilzeitverpflichtungen wird mit der Rückstellung für die Altersteilzeitverpflichtungen saldiert. Der Ausweis erfolgt unter den Rückstellungen. Im Vorjahr überstieg das zu saldierende Deckungskapital die Rückstellungen, sodass sich ein aktivischer Unterschiedsbetrag ergab.

## EIGENKAPITAL

Die Kapitalanteile der Gesellschaft betragen unverändert 1.000 Tausend Euro, von denen 805 Tausend Euro (im Vorjahr: 835 Tausend Euro) auf die GASAG, 165 Tausend Euro (im Vorjahr: 165 Tausend Euro) auf die EMB und 30 Tausend Euro (im Vorjahr: 0 Euro) auf die SpreeGas entfallen.

Im Geschäftsjahr wurden 4.200 Tausend Euro aus dem auf die GASAG entfallenen Jahresüberschuss in die Gewinnrücklage eingestellt.

## SONDERPOSTEN

Der Sonderposten enthält einen Investitionszuschuss für das Micro Smart Grid Projekt auf dem EUREF-Campus, welcher anteilig über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst wird.

## RÜCKSTELLUNGEN

| | 31.12.2013 | 31.12.2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 9.421 | 9.326 |
| Steuerrückstellungen | 3.209 | 7.781 |
| Sonstige Rückstellungen | 80.480 | 40.110 |
| | **93.110** | **57.217** |

In den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind 7.804 Tausend Euro (Vorjahr: 7.862 Tausend Euro) Verpflichtungen für Sanierungsgeld der VBL enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus dem Regulierungskonto in Höhe von 19.174 Tausend Euro (Vorjahr: 3.986 Tausend Euro), Verpflichtungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen und Leistungen in Höhe von 42.663 Tausend Euro (Vorjahr: 20.000 Tausend Euro), Verpflichtungen für die Rückzahlung von Investitionszuschüssen aus Erschließungsverträgen in Höhe von 2.115 Tausend Euro (Vorjahr: 1.942 Tausend Euro) sowie Verpflichtungen für Tantiemen, Urlaubsansprüche, Gleitzeitguthaben und Leistungszulagen in Höhe von 2.308 Tausend Euro (Vorjahr: 2.160 Tausend Euro).

Die Altersteilzeitverpflichtungen werden mit Vermögensgegenständen zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes, welche vom GASAG Treuhand e. V., Berlin, gehalten werden, saldiert. Der GASAG Treuhand e. V. hat die ihm von der NBB übertragenen finanziellen Mittel unter angemessener Abwägung von Ertragsmöglichkeiten und der Substanzerhaltung zu verwalten und darf sie darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwenden. Die Änderung der Absicherungsstrategie führte zu einer Minderung des Treuhandvermögens im Geschäftsjahr 2013.

| | 31.12.2013 |
|---|---|
| | T€ |
| Erfüllungsrückstand der verrechneten Schulden | 4.358 |
| Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände | 2.005 |
| Beizulegender Zeitwert der Vermögensgegenstände (Marktwert) | 2.005 |
| Verrechnete Aufwendungen aus Altersteilzeitverpflichtungen | 184 |
| Verrechnete Erträge aus Treuhandvermögen | 72 |

Zum 1. Januar 2013 sind vier Mitarbeiter der SpreeGas, die sich bereits in der passiven Phase der Altersteilzeit befunden haben, zur NBB übergegangen. Die Ansprüche aus der Altersteilzeit dieser Mitarbeiter sind in der Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 153 Tausend Euro berücksichtigt. Diese wurden mit den Erstattungsansprüchen in Höhe von 153 Tausend Euro, die die NBB daraus gegenüber der SpreeGas hat, saldiert.

## VERBINDLICHKEITEN

| | 31.12.2013 | | 31.12.2012 | |
|---|---|---|---|---|
| | INSGESAMT | RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR | INSGESAMT | RESTLAUFZEIT BIS 1 JAHR |
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 1.225 | 1.225 | 1.094 | 1.094 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 123 | 123 | 2.406 | 2.406 |
| Konten der Gesellschafter | 1.465 | 1.465 | 3.192 | 3.192 |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.769 | 2.769 | 2.411 | 2.411 |
| *(davon aus Lieferungen und Leistungen)* | *(2.640)* | *(2.640)* | *(907)* | *(907)* |
| *(davon gegenüber Gesellschaftern)* | *(2.732)* | *(2.732)* | *(2.088)* | *(2.088)* |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 5.419 | 5.419 | 11.046 | 11.046 |
| *(davon aus Steuern)* | *(5.216)* | *(5.216)* | *(10.995)* | *(10.995)* |
| *(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)* | *(0)* | *(0)* | *(2)* | *(2)* |
| | **11.001** | **11.001** | **20.149** | **20.149** |

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren bestehen wie im Vorjahr nicht.

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag werden die Gewinnanteile auf den Konten der Gesellschafter ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 2.612 Tausend Euro (Vorjahr: 627 Tausend Euro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen Leistungen, mit 120 Tausend Euro (Vorjahr: 1.178 Tausend Euro) sonstige Verbindlichkeiten sowie erhaltene Anzahlungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 0 Tausend Euro (Vorjahr: 283 Tausend Euro).

## PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Zuschüsse in Höhe von 40.007 Tausend Euro (Vorjahr: 34.418 Tausend Euro) gemäß Niederdruckanschlussverordnung (NDAV), die über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam vereinnahmt werden.

In den Umsatzerlösen sind Erträge aus der Erstattung von Biogaskosten (auf Basis von Plankosten) durch den marktgebietsaufspannenden Netzbetreiber enthalten. Dem gegenüber stehen die tatsächlichen Kosten, die aus dem Betrieb des Biogasanschlusses resultieren. Der die Kosten übersteigende Anteil des vereinnahmten Ertrags in Höhe von 2.766 Tausend Euro (Vorjahr: 2.283 Tausend Euro) wurde zum 31. Dezember 2013 passivisch abgegrenzt. Die Auflösung erfolgt mit dem Plan-Ist-Abgleich der Biogaskosten, welcher in der Regel im zweiten Geschäftsjahr nach dem Bilanzstichtag durchgeführt wird.

# Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

## UMSATZERLÖSE

Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres 2013 betragen 368.548 Tausend Euro (Vorjahr: 338.434 Tausend Euro). Hierbei handelt es sich zum überwiegenden Teil um Umsatzerlöse aus Netzentgelten sowie um von den Transportkunden vereinnahmte Konzessionsabgaben.

Im Wesentlichen resultieren die Umsatzerlöse zu 74,1 % (Vorjahr: 82,3 %) aus Netzentgelten und zu 15,3 % (Vorjahr: 15,0 %) aus Leistungen im Zusammenhang mit Rohrnetzen und Gasanlagen. Im Netzgebiet der GASAG wurden 71,0 % (Vorjahr: 76,0 %) der gesamten Umsatzerlöse erzielt. Auf das Netzgebiet der EMB entfallen 23,2 % (Vorjahr: 24,0 %) der Umsatzerlöse, und auf das Netzgebiet der SpreeGas entfallen 5,8 % (Vorjahr: 0 %) der Umsatzerlöse.

In den Netzentgelten sind Erlöse aus der Weiterwälzung von Kosten der vorgelagerten Netze enthalten.

In den Umsatzerlösen werden Erlöse aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung in Höhe von 25.979 Tausend Euro (Vorjahr: 67 Tausend Euro) ausgewiesen, von denen 14.758 Tausend Euro (Vorjahr: 67 Tausend Euro) periodenfremd sind. Der Mehr- und Mindermengenausgleich stellt für die Gesellschaft einen durchlaufenden Posten dar; den Erlösen aus Mehr- und Mindermengen stehen Rückerstattungen an den Bilanzkreisnetzbetreiber in gleicher Höhe gegenüber, die in den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ausgewiesen werden.

Zudem sind periodenfremde Umsatzerlöse in Höhe von 1.558 Tausend Euro (Vorjahr: –440 Tausend Euro) enthalten.

## BESTANDSVERÄNDERUNGEN

Die Bestandsveränderungen betreffen hauptsächlich unfertige Leistungen für Rohrnetz- und Anlagentechnik.

## ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN

In den anderen aktivierten Eigenleistungen sind Eigenleistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Energie-Daten-Management-Systems in Höhe von 585 Tausend Euro (Vorjahr: 284 Tausend Euro) ausgewiesen.

## SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 6.060 Tausend Euro (Vorjahr: 4.031 Tausend Euro), Erträge aus der Vereinbarung über den Schadensausgleich für zu gering beschiedene Erlösobergrenzen aus dem vorhandenen Regulierungsmodell in Höhe von 6.400 Tausend Euro, andere periodenfremde Erträge in Höhe von 1.062 Tausend Euro (Vorjahr: 458 Tausend Euro) sowie Erstattungen von Schäden in Höhe von 397 Tausend Euro (Vorjahr: 717 Tausend Euro) enthalten.

## MATERIALAUFWAND

| | 2013 | 2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 35.495 | 8.665 |
| Bezogene Leistungen | 288.569 | 284.176 |
| | **324.064** | **292.841** |

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren betreffen unter anderem auch Aufwendungen aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung von 25.979 Tausend Euro (Vorjahr: 67 Tausend Euro).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen im Wesentlichen Netzpachtaufwendungen und weitere Leistungen für Rohrnetze, Aufwendungen aus vorgelagerten Netzen sowie Ablesungs- und Abrechnungsaufwendungen.

## PERSONALAUFWAND

| | 2013 | 2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Löhne und Gehälter | 21.678 | 20.490 |
| Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 4.684 | 4.185 |
| *(davon für Altersversorgung)* | *(1.119)* | *(961)* |
| | **26.362** | **24.675** |

In den Löhnen und Gehältern sind Aufwendungen für die Altersteilzeitregelung in Höhe von 643 Tausend Euro (Vorjahr: 2.613 Tausend Euro) sowie Aufwendungen für Strukturmaßnahmen in Höhe von 1.380 Tausend Euro enthalten.

## ABSCHREIBUNGEN

Die Abschreibungen betreffen mit 488 Tausend Euro (Vorjahr: 494 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 747 Tausend Euro (Vorjahr: 707 Tausend Euro) planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

## SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

| | 2013 | 2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| IT-Leistungen und Hardwareleasing | 5.457 | 6.631 |
| Mieten | 5.445 | 7.381 |
| Geschäftsbesorgungen | 4.148 | 5.577 |
| Beratungs- und Abschlusskosten | 1.585 | 1.922 |
| Versicherungen | 2.065 | 1.766 |
| Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen | 8.353 | 10.178 |
| | **27.053** | **33.455** |

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Anteile in Höhe von 237 Tausend Euro (Vorjahr: 642 Tausend Euro) enthalten.

### FINANZERGEBNIS

| | 2013 | 2012 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 68 | 17 |
| *(davon aus verbundenen Unternehmen)* | *(68)* | *(17)* |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 1.188 | 642 |
| *(davon aus verbundenen Unternehmen)* | *(0)* | *(505)* |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.735 | 2.541 |
| *(davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen)* | *(820)* | *(978)* |
| *(davon an verbundene Unternehmen)* | *(193)* | *(178)* |
| | **–479** | **–1.882** |

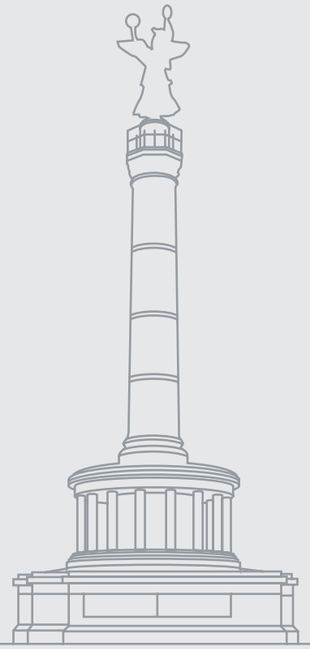
Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge resultieren im Wesentlichen aus Zinsen auf Ertragsteuern in Höhe von 1.182 Tausend Euro (Vorjahr: 121 Tausend Euro), welche wie im Vorjahr periodenfremd sind.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Zinseffekte aus der Verzinsung der Rückstellung für das Regulierungskonto in Höhe von 478 Tausend Euro (Vorjahr: 379 Tausend Euro) sowie aus der Aufzinsungen von Rückstellungen für die Verpflichtungen für VBL-Sanierungsgeld in Höhe von 488 Tausend Euro (Vorjahr: 433 Tausend Euro) und Altersteilzeit in Höhe von 184 Tausend Euro (Vorjahr: 196 Tausend Euro) enthalten.

### STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 8.789 Tausend Euro (Vorjahr: 6.328 Tausend Euro) und für vorangegangene Jahre in Höhe von –512 Tausend Euro (Vorjahr: –1.299 Tausend Euro).

Gemäß § 12.1 des Gesellschaftsvertrages sind die Kommanditisten der Gesellschaft verpflichtet, die auf steuerlichen Sonder- und/oder Ergänzungsbilanzen der jeweiligen Kommanditisten beruhenden Gewerbesteuerbelastungen bzw. -entlastungen zu tragen. Der auf diesem Sachverhalt beruhende tatsächliche Gewerbesteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 8.270 Tausend Euro (Vorjahr: 9.411 Tausend Euro) wird gemäß § 12.2 des Gesellschaftsvertrages an die NBB erstattet. Für vorangegangene Jahre ergab sich eine Gewerbesteuernachzahlung der NBB von den Kommanditisten in Höhe von 297 Tausend Euro (Vorjahr: –1.201 Tausend Euro).



# Sonstige Angaben

### LATENTE STEUERN

Die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Unterschieden betreffen die Bewertungsunterschiede zu den Steuerbilanzen.

| LATENTE STEUERN | AKTIV | PASSIV |
|---|---|---|
| 31.12.2013 | T€ | T€ |
| Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten | 12 | 0 |
| Rückstellungen | 1.969 | 81 |
| | **1.981** | **81** |
| Steuerliche Verlustvorträge | 0 | 0 |
| **Bruttobetrag** | **1.981** | **81** |
| **Nettobetrag** | **1.900** | |

Die latenten Steuern wurden mit einem Steuersatz von 13,78 % ermittelt. Die Aktivierung des Nettobetrages unterblieb in Ausübung des dafür bestehenden Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

### MITARBEITER

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die NBB 418 Mitarbeiter ohne Auszubildende und Geschäftsführer.

| MITARBEITER | 2013 | 2012 |
|---|---|---|
| Männer | 302 | 281 |
| Frauen | 116 | 107 |
| | **418** | **388** |

### HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse.

### AUSSERBILANZIELLE GESCHÄFTE/ SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Zum Bilanzstichtag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 379.918 Tausend Euro (Vorjahr: 421.424 Tausend Euro), von denen 291.957 Tausend Euro (Vorjahr: 339.139 Tausend Euro) auf verbundene Unternehmen entfallen. Bestellobligos bestehen in Höhe von 17.274 Tausend Euro (Vorjahr: 22.225 Tausend Euro).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen die Netzpachtverträge mit der GASAG, der EMB und der SpreeGas über die Wirtschaftsgüter des Gasnetzes sowie Asset-Owner-Kosten.

Die NBB zieht aus den nachfolgenden Pachtverhältnissen die Finanzierungsvorteile, muss jedoch den Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen können:

- Mit der GASAG besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung der Wirtschaftsgüter des Berliner Gasnetzes mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Der Pachtvertrag endet mit der Übereignung oder Besitzeinräumung (Neuverpachtung) des Pachtgegenstandes an einen Dritten im Zuge der Vergabe der Konzession durch das Land Berlin.

- Mit der EMB besteht seit 2005 ein Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes im Land Brandenburg mit allen technischen Nebeneinrichtungen. Es wurde zunächst eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2015 vereinbart. Der Vertrag verlängert sich danach automa-

tisch um weitere zwei Jahre, wenn er nicht sechs Monate vor Beginn einer Verlängerungsperiode schriftlich gekündigt wurde.

- Im Zuge der Verschmelzung vom EMB und HSW im Jahr 2012 wurde der seit 2006 bestehende Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes mit allen technischen Nebeneinrichtungen im ehemaligen Netzgebiet der HSW in den Pachtvertrag zwischen der NBB und der EMB integriert. Es wurde zunächst eine Laufzeit von 10 Jahren bis zum 31. Dezember 2016 vereinbart. Die Kündigungsfrist beträgt während der Regellaufzeit ein Jahr, und ist ausschließlich zum 31. Dezember 2016 möglich. Der Vertrag verlängert sich um weitere fünf Jahre, sollte von den Kündigungsrechten kein Gebrauch gemacht werden.

- Im Geschäftsjahr 2012 wurde mit der SpreeGas ein Vertrag über die Verpachtung eines Erdgasenergieversorgungsnetzes mit allen technischen Nebeneinrichtungen geschlossen. Der Vertrag begann mit dem Übergabestichtag 1. Januar 2013 und hat zunächst eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022. Der Vertrag verlängert sich um weitere zwei Jahre, wenn er nicht sechs Monate vor Beginn der Verlängerungsperiode schriftlich gekündigt wird.

Bei allen genannten Pachtverträgen trägt die NBB als Pächterin während der Laufzeit des Vertrages alle Kosten und Lasten in Bezug auf den Pachtgegenstand.

Für den überwiegenden Teil der Mitarbeiter der NBB besteht eine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die VBL ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Zweckbestimmung es ist, Arbeitnehmern der beteiligten Arbeitgeber im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die VBL wird durch Umlagen finanziert. Der Umlagesatz für die VBL betrug im Geschäftsjahr 2013 für den Tarifbereich West 7,86 %, davon leistet der Arbeitgeber 6,45 % und der Arbeitnehmer 1,41 %. Im Tarifbereich Ost betrug der Umlagesatz 1,0 %, den der Arbeitgeber trägt. Ferner wird im Tarifgebiet Ost ein Beitrag im Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 4,0 % erhoben, der jeweils zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen wird. Das umlagepflichtige Entgelt betrug im Geschäftsjahr 16.074 Tausend Euro.

Darüber hinaus besteht für die ehemaligen Mitarbeiter der Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz), eine Mitgliedschaft beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse –. Die ZVK Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – ist im Land Brandenburg die betriebliche Altersversorgung des kommunalen öffentlichen Dienstes. Die Finanzierung erfolgt weitestgehend analog der Regelungen der VBL (Umlage: 1,1 %, Zusatzbeitrag: jeweils 2 % für Arbeitgeber und Arbeitnehmer).

Weitere Verpflichtungen beinhalten Mieten und Leasingkosten, Geschäftsbesorgungen, Ablesungs- und Abrechnungsdienstleistungen, Personalüberlassungen, Bestellung von Netzkapazitäten, Wartungs- und Betriebsführungskosten sowie die noch nicht zugeführten Anteile von Ansammelrückstellungen.

## GESCHÄFTE GRÖSSEREN UMFANGS GEMÄSS § 6B ABS. 2 ENWG MIT VERBUNDENEN UND ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

| GASAG BERLINER GASWERKE AG | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| IT-Leistungen | 2.719 |
| Mieten | 2.945 |
| Geschäftsbesorgungen | 2.105 |
| Übernahme Versorgungszusagen | 615 |
| Zinsen für Kontenclearing und sonstige Zinsen | 207 |

Des Weiteren besteht ein Cash-Pooling-Vertrag, in dessen Rahmen der NBB ein Kontokorrentkredit in Höhe von 5.000 Tausend Euro zur Verfügung steht.

Die NBB übernimmt auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der GASAG für die Versorgungszusage gemäß der Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin (VVA) anteilig die anfallenden laufenden Aufwendungen aus Pensionsverpflichtungen.

| GASAG BERLINER GASWERKE AG | 2013 |
|---|---|
| als Auftraggeber | T€ |
| Dienstleistungen | 2.476 |

| BAS ABRECHNUNGSSERVICE GMBH & CO. KG | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Mess- und Abrechnungsleistungen und IT-Leistungen für Systemanpassungen | 7.350 |

| UMETRIQ METERING SERVICES GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Messleistungen und IT-Leistungen für Systemanpassungen | 9.198 |

| EMB ENERGIE MARK BRANDENBURG GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Geschäftsbesorgungen | 593 |

| DSE DIREKT-SERVICE ENERGIE GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Geschäftsbesorgungen | 954 |

| GASAG CONTRACTING GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Wärmebezug | 1.579 |

| NBB NETZ-BETEILIGUNGS-GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Dienstleistungen | 499 |

| NFL NETZGESELLSCHAFT FORST (LAUSITZ) GMBH & CO. KG | 2013 |
|---|---|
| als Auftraggeber | T€ |
| Betriebsführung | 1.534 |

| STADTWERKE FORST GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftraggeber | T€ |
| Technische Betriebsführung | 990 |

| SPREEGAS GESELLSCHAFT FÜR GASVERSORGUNG UND ENERGIEDIENSTLEISTUNG MBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Dienstleistungen | 600 |

| INFREST GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Ausleihungen | 472 |
| Zinsen Ausleihungen | 11 |

| KKI GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Ausleihungen | 900 |
| Zinsen Ausleihungen | 57 |
| Dienstleistungen | 2.038 |

| BEGA.tec GMBH | 2013 |
|---|---|
| als Auftragnehmer | T€ |
| Rohrnetzarbeiten, Anlagentechnik und Management von Messgeräten | 15.306 |

Darüber hinaus sind gegenüber der GASAG, der EMB, der SpreeGas und der NFL Umsatzerlöse aus Netzentgelten angefallen. Des Weiteren verzeichnet die NBB Pachtaufwendungen für die Gasnetze der Anteilseigner.

## ANGABEN ZUM GESAMTHONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Angaben für das im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im von der GASAG aufgestellten Konzernabschluss.

## KONZERNVERHÄLTNISSE

Der Jahresabschluss der NBB wird im Rahmen des von der GASAG mit Sitz in Berlin aufgestellten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2013 als verbundenes Unternehmen vollkonsolidiert. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Zur Erstellung eines Konzernabschlusses war die NBB zum 31. Dezember 2013 nicht verpflichtet, da die GASAG in ihrer Eigenschaft als Konzernleitung zum 31. Dezember 2013 einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht mit befreiender Wirkung für die NBB erstellt.

## GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin. Die Komplementärin weist ein gezeichnetes Kapital von 25 Tausend Euro aus und ist am Vermögen sowie am Gewinn und Verlust der Gesellschaft nicht beteiligt.

Geschäftsführer der NBB Netz-Beteiligungs-GmbH sind:

Dipl.-Ing. Ulf Altmann (Vorsitzender)
Technischer Bereich

Dipl.-Kfm. Frank Behrend
Kaufmännischer Bereich

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Berlin, 3. April 2014

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

Ulf Altmann  Frank Behrend

**NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin**

# Gewinn- und Verlustrechnung Gasverteilung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

| BEZEICHNUNG | 2013 VERTEILUNG | 2012 VERTEILUNG |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| 1. Umsatzerlöse | 362.833 | 332.812 |
| 2. Bestandsveränderungen | –393 | 8.333 |
| 3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 585 | 284 |
| 4. Sonstige betriebliche Erträge | 15.079 | 6.565 |
| 5. Materialaufwand | 322.133 | 291.235 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 35.359 | 8.500 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 286.774 | 282.735 |
| 6. Personalaufwand | 21.698 | 21.091 |
| a) Löhne und Gehälter | 17.345 | 17.278 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 4.353 | 3.813 |
| *davon für Altersversorgung* | *1.060* | *898* |
| 7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 1.037 | 946 |
| 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 25.715 | 30.911 |
| 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 1.187 | 658 |
| *davon aus verbundenen Unternehmen* | *0* | *504* |
| 10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.754 | 2.533 |
| *davon an verbundene Unternehmen* | *214* | *183* |
| *davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen* | *892* | *977* |
| 11. Zinsergebnis aus Forderungen/Verbindlichkeiten ggü. anderen Unternehmensbereichen | 4 | 7 |
| **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** | **6.958** | **1.943** |
| 12. Steuern vom Einkommen und Ertrag | –290 | –3.202 |
| 13. Sonstige Steuern | 26 | 16 |
| **Jahresüberschuss** | **7.222** | **5.129** |
| 14. Einstellung in die Gewinnrücklagen | **– 4.200** | **0** |
| 15. Gutschrift/Lastschrift auf Gesellschafterkonten | –3.022 | –5.129 |
| | **0** | **0** |

**NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin**

# Tätigkeitsbilanz Gasverteilung nach Teilnetzen

zum 31.12.2013

| AKTIVSEITE | 31.12.2013 VERTEILUNG GESAMT T€ | 31.12.2012 VERTEILUNG GESAMT T€ |
|---|---|---|
| **A. Anlagevermögen** | **5.209** | **4.765** |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 3.265 | 2.838 |
| 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | 649 | 1.185 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 2.616 | 1.653 |
| II. Sachanlagen | 1.582 | 1.927 |
| 1. Mietereinbauten | 618 | 737 |
| 2. Verteilungsanlagen | 0 | 53 |
| 3. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 955 | 1.118 |
| 4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 9 | 19 |
| III. Finanzanlagen | 362 | 0 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 362 | 0 |
| **B. Umlaufvermögen** | **148.705** | **115.018** |
| I. Vorräte | 15.298 | 21.822 |
| 1. Unfertige Leistungen | 30.684 | 31.078 |
| 2. Erhaltene Anzahlungen auf Vorräte | –15.386 | –9.256 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 74.696 | 93.196 |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 20.126 | 14.100 |
| *davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr* | *0* | *0* |
| 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 51.715 | 77.934 |
| *davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen* | *34.364* | *23.659* |
| *davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr* | *0* | *0* |
| *davon gegen Gesellschafter* | *50.902* | *76.455* |
| 3. Sonstige Vermögensgegenstände | 2.855 | 1.162 |
| *davon mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr* | *0* | *0* |
| III. Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks | 58.711 | 0 |
| **C. Rechnungsabgrenzungsposten** | **225** | **484** |
| **D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung** | **0** | **2.109** |
| **Forderungen ggü. anderen Unternehmensaktivitäten** | **9.335** | **4.132** |
| **Bilanzsumme** | **163.474** | **126.508** |

| PASSIVSEITE | 31.12.2013 VERTEILUNG GESAMT T€ | 31.12.2012 VERTEILUNG GESAMT T€ |
|---|---|---|
| **A. Eigenkapital** | **13.897** | **9.697** |
| I. Kapitalanteile der Kommanditisten | 973 | 973 |
| II. Gewinnrücklage | 12.924 | 8.724 |
| **B. Sonderposten** | **0** | **0** |
| **C. Rückstellung** | **89.846** | **55.456** |
| 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 9.300 | 9.218 |
| 2. Steuerrückstellungen | 3.209 | 7.781 |
| 3. Sonstige Rückstellungen | 77.337 | 38.457 |
| **D. Verbindlichkeiten** | **16.610** | **24.258** |
| 1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 1.225 | 1.094 |
| *davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr* | *1.225* | *1.094* |
| 2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 122 | 2.161 |
| *davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr* | *122* | *2.161* |
| 3. Konten der Gesellschafter | 1.298 | 3.117 |
| *davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr* | *1.298* | *3.117* |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 8.991 | 6.973 |
| *davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* | *2.633* | *801* |
| *davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr* | *8.991* | *6.973* |
| *davon gegen Gesellschafter* | *8.867* | *6.657* |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | 4.974 | 10.913 |
| *davon mit einer Restlaufzeit < 1 Jahr* | *4.974* | *10.913* |
| *davon aus Steuern* | *4.771* | *10.863* |
| **E. Rechnungsabgrenzungsposten** | **43.121** | **37.097** |
| **Verbindlichkeiten ggü. anderen Unternehmensaktivitäten** | **0** | **0** |
| **Bilanzsumme** | **163.474** | **126.508** |

# Anhang zum Tätigkeitsabschluss Gasverteilung der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG

## 1. ABSCHREIBUNGSMETHODEN

Bezüglich der nach § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG geforderten Angabe zu den Abschreibungsmethoden verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang des Jahresabschlusses.

## 2. REGELN FÜR DIE ZUORDNUNG DER GEGENSTÄNDE DES AKTIV- UND PASSIVVERMÖGENS SOWIE DER AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE ZU DEN GEMÄSS DEN SÄTZEN 1 BIS 4 DES § 6B ABS. 3 ENWG GEFÜHRTEN KONTEN

**Bilanz**

Die Verteilung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens auf die Tätigkeitsbereiche wird über eine eindeutige Kostenstellenzuordnung sichergestellt.

Die Zuordnung der übrigen Bilanzkonten auf die Tätigkeitsbereiche erfolgt bei eindeutiger Zuordnung direkt. Wenn die Konten nicht eindeutig einem der Tätigkeitsbereiche zugeordnet werden können, erfolgt eine Analyse der Einzelposten des Kontos des jeweiligen Gegenkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn daraus auch keine eindeutige Zuordnung abgeleitet werden kann, dann erfolgt je nach Sachverhalt eine Aufteilung auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche auf Basis eines verursachungsgerechten Schlüssels.

Pensions- und andere Personalrückstellungen werden im Verhältnis des Personalaufwands geschlüsselt.

Die Verteilung des Eigenkapitals erfolgt entsprechend der Einlagen der Gesellschafter. Die Aufteilung auf die Tätigkeiten für die einzelnen Gesellschafter wird entsprechend der erstmaligen Aufteilung der Einlagen vorgenommen.

**Gewinn- und Verlustrechnung**

Der Ausgangspunkt für die Gewinn- und Verlustrechnung des Tätigkeitsabschlusses bildet die von der NBB implementierte Mandantenergebnisrechnung, anhand derer die Gewinnverteilung auf die Tätigkeitsbereiche Verteilung und sonstige Tätigkeiten je Gesellschafter ermittelt wird. Die Zuteilung erfolgt dabei über Profitcenter der NBB.

Die Verrechnung der Leistungen zwischen den Tätigkeitsbereichen erfolgt auf Basis einer Stundenschreibung sowie der Umlage entsprechender Verwaltungsgemeinkosten über Aufträge mit einem Kostenpreis in die Tätigkeitsbereiche Verteilung und sonstige Tätigkeiten.

Umsatzerlöse:
Die Zuordnung der Umsatzerlöse erfolgt nahezu vollständig direkt auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Materialaufwand:
Der wesentliche Teil der Materialaufwendungen wird über Profitcenter dem jeweiligen Tätigkeitsbereich direkt zugeordnet.

Personalaufwand:
Alle Mitarbeiter sind jeweils einem Profitcenter zugeordnet. Die Personalaufwendungen für die jeweiligen Mitarbeiter werden direkt auf den Profitcentern erfasst. Die Aufteilung nach Tätigkeitsbereichen erfolgt über eine Stundenschreibung.

Sonstiger betrieblicher Aufwand:
Die Verteilung des sonstigen betrieblichen Aufwandes erfolgt über die tätigkeitsspezifische Zuordnung der Profitcenter bzw. die verursachungsgerechte Verteilung mittels Schlüssel.

Aufwand für IT-Leistungen:
Aufwendungen für IT-Leistungen werden unter anderem unter Berücksichtigung der Anzahl der den einzelnen Profitcentern zugeordneten Benutzerprofile für die jeweiligen Anwendungen auf die Tätigkeitsbereiche verteilt.

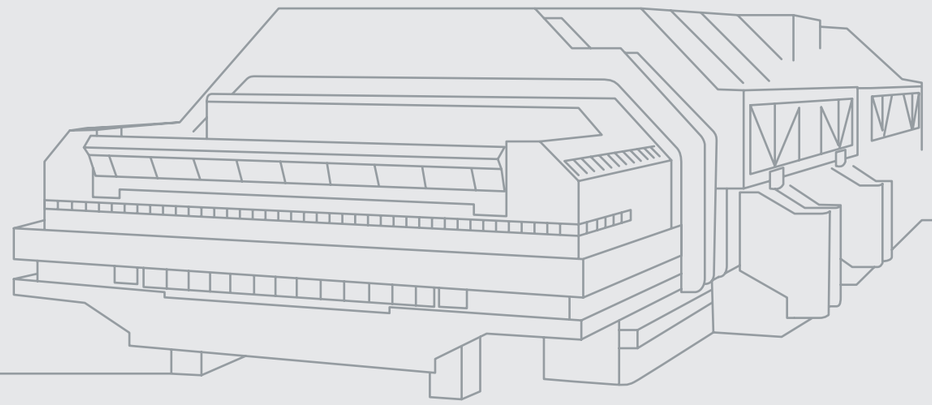
Aufwand für Ertragsteuern:
Die tätigkeitsspezifische Aufteilung der Ertragsteuern erfolgt unter Berücksichtigung der erstellten Sonderbilanzen der einzelnen Mandanten sowie der Schlüsselung entsprechend dem Gewinn vor Steuern für die einzelnen Tätigkeiten.

## 3. HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Haftungsverhältnisse bestehen zum Bilanzstichtag in diesem Tätigkeitsabschluss nicht.

## 4. ÄNDERUNG DER ZUORDNUNGSREGELN GEGENÜBER DEM VORJAHR

Es gab im Berichtsjahr keine Änderungen von Zuordnungsregeln gegenüber dem Vorjahr.



# Anlagenspiegel

der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin,
zum Tätigkeitsbereich Gasverteilung für die Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

| POSTEN DES ANLAGEVERMÖGENS | ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN | | | | | | | ABSCHREIBUNGEN | | | | | | | RESTBUCHWERTE | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anfangsstand | Korrektur | Anfangsstand nach Korrektur | Zugänge | Abgänge | Umbuchungen | Endstand | Anfangsstand | Korrektur | Anfangsstand nach Korrektur | Abschreibungen im Geschäftsjahr | angesammelte Abschreibungen auf Abgänge der Spalte 6 | Umbuchungen | Endstand | am 31.12.2013 | am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres |
| | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € | € |
| Spalte 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 |
| **I. Immaterielle Vermögensgegenstände:** | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | 1.640.905,52 | 80.323,41 | 1.721.228,93 | 140.702,66 | 388.221,49 | + 31.654,29 | 1.505.364,39 | 456.178,52 | 23.843,62 | 480.022,14 | 434.945,88 | 58.487,08 | 0,00 | 856.480,94 | 648.883,45 | 1.184.727,00 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 1.653.423,52 | 56.129,09 | 1.709.552,61 | 937.628,52 | 0,00 | ./. 30.600,59 | 2.616.580,54 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 2.616.580,54 | 1.653.423,52 |
| | **3.294.329,04** | **136.452,50** | **3.430.781,54** | **1.078.331,18** | **388.221,49** | **+ 31.654,29<br>./. 30.600,59** | **4.121.944,93** | **456.178,52** | **23.843,62** | **480.022,14** | **434.945,88** | **58.487,08** | **+ 0,00<br>./. 0,00** | **856.480,94** | **3.265.463,99** | **2.838.150,52** |
| **II. Sachanlagen:** | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Mietereinbauten | 1.039.970,56 | 34.959,39 | 1.074.929,95 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 1.074.929,95 | 303.735,24 | 10.421,74 | 314.156,98 | 143.223,03 | 0,00 | 0,00 | 457.380,01 | 617.549,94 | 736.235,32 |
| 2. Verteilungsanlagen | 57.576,10 | –57.576,10 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.649,59 | –4.649,59 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 52.926,51 |
| 3. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.254.646,48 | 103.052,63 | 2.357.699,11 | 263.967,68 | 114.847,04 | 0,00 | 2.506.819,75 | 1.136.074,87 | 50.631,49 | 1.186.706,36 | 458.999,92 | 93.580,74 | 0,00 | 1.552.125,53 | 954.694,22 | 1.118.571,61 |
| 4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 19.578,34 | 827,85 | 20.406,19 | 6.490,51 | 0,00 | ./. 17.349,75 | 9.546,95 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 9.546,95 | 19.578,34 |
| | **3.371.771,48** | **81.263,77** | **3.453.035,25** | **270.458,19** | **114.847,04** | **+ 0,00<br>./. 17.349,75** | **3.591.296,65** | **1.444.459,70** | **56.403,64** | **1.500.863,34** | **602.222,95** | **93.580,74** | **+ 0,00<br>./. 0,00** | **2.009.505,55** | **1.581.791,10** | **1.927.311,78** |
| **III. Finanzanlagen:** | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Sonstige Ausleihungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | + 362.034,02<br>U) 362.034,02 | 362.034,02 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 362.034,02 | 0,00 |
| | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **+ 362.034,02<br>./. 0,00** | **362.034,02** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **+ 0,00<br>./. 0,00** | **0,00** | **362.034,02** | **0,00** |
| | **6.666.100,52** | **217.716,27** | **6.883.816,79** | **1.348.789,37** | **503.068,53** | **+ 393.688,31<br>./. 47.950,34** | **8.075.275,60** | **1.900.638,22** | **80.247,26** | **1.980.885,48** | **1.037.168,83** | **152.067,83** | **+ 0,00<br>./. 0,00** | **2.865.986,48** | **5.209.289,12** | **4.765.462,30** |

# Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6 Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Berlin, 7. April 2014

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Diederichs
Wirtschaftsprüfer

Bährens
Wirtschaftsprüfer

# Abkürzungsverzeichnis

**ARegV**
Anreizregulierungsverordnung (Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze)

**ATZ**
Altersteilzeit

**BDEW**
BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., Berlin

**BFH**
Bundesfinanzhof

**BGB**
Bürgerliches Gesetzbuch

**BHKW**
Blockheizkraftwerk

**BMF**
Bundesfinanzministerium

**BMWi**
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

**BNetzA**
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Bonn

**DVGW**
Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. – Technisch-wissenschaftlicher Verein –, Bonn

**EDM**
Energiedatenmanagement

**EMB**
EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Potsdam

**EnWG**
Energiewirtschaftsgesetz

**EUREF**
Campus Europäisches Energie Forum

**GASAG**
GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft, Berlin

**GasNEV**
Gasnetzentgeltverordnung (Verordnung über die Entgelte für den Zugang zu Gasversorgungsnetzen)

**GEODE**
Groupement Européen des entreprises et Organismes de Distribution d'Énergie, Brüssel

**GWh**
Gigawattstunde

**HGB**
Handelsgesetzbuch

**HDD**
Horizontal Directional Drilling, deutsch: Horizontalspülbohrverfahren

**HSW**
Havelländische Stadtwerke GmbH, Werder

**HQB**
Hackesches Quartier Berlin

**IDW**
Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf

**infrest GmbH**
infrest – Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin

**KKI GmbH**
KKI – Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin

**kWh**
Kilowattstunde

**KWK**
Kraft-Wärme-Kopplung

**NBB**
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin

**NDAV**
Niederdruckanschlussverordnung (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck)

**NFL**
Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz)

**PIZ**
Pauschalierter Investitionszuschlag

**RWV**
Rathenower Wärmeversorgungs GmbH

**SpreeGas**
Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH

**SW Forst**
Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)

**TMU**
Temperaturmengenumwerter

**TRGI**
Technische Regel für Gas-Installationen

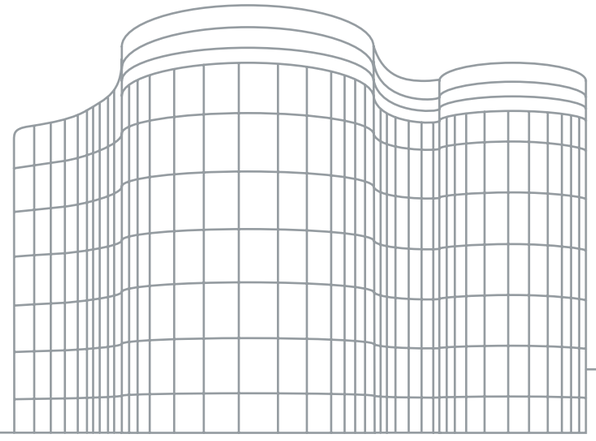
**VBL**
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe

**VKU**
Verband kommunaler Unternehmen e. V., Berlin

**VVA**
Vereinbarung über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin

**ZMU**
Zustandsmengenumwerter

**ZVK**
Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes



# Impressum

**HERAUSGEBER**
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG
An der Spandauer Brücke 10
10178 Berlin
Tel. 030 81876-0
Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

**KONZEPTION UND GESTALTUNG**
eks – die agentur
energie kommunikation services GmbH, Berlin
www.eks-agentur.de
Projektleitung: Kerstin Sattler

**FOTOS**
Christian Thomas, Daniel Meyer (S. 23)

**DRUCK**
KÖNIGSDRUCK GmbH

**ZERTIFIZIERUNG**
Dieser Geschäftsbericht wurde klimaneutral hergestellt und auf PEFC-zertifiziertem Papier gedruckt. Die durch die Produktion dieser Publikation verursachten Treibhausemissionen wurden durch Investitionen in anerkannte Klimaschutzprojekte kompensiert.

klimaneutral
natureOffice.com | DE-365-043739
gedruckt

**HINWEIS**
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

NETZGESELLSCHAFT
BERLIN·BRANDENBURG

NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG
An der Spandauer Brücke 10 · 10178 Berlin
Tel. 030 81876-0 · Fax 030 81876-3099
www.nbb-netzgesellschaft.de

DVGW ISO 9001

ISO 9001 DVGW CERT

EIN UNTERNEHMEN DER
GASAG | GRUPPE